Deutsches Institut für Urbanistik

Dokumentation der Fachtagung

(Neu)Zuwanderung bewegt

Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft

In Kooperation mit:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Robert Bosch Stiftung

BertelsmannStiftung

Fachliche Partner:

Deutscher Städtetag

DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund

(Neu)Zuwanderung bewegt

Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft

Dokumentation der Fachtagung
am 10. Dezember 2018
in der Robert Bosch Stiftung, Berlin

Veranstalter und Herausgeber
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Zimmerstr. 13-15, 10969 Berlin

Verantwortlich für Konzeption, Organisation und Dokumentation
Gudrun Kirchhoff, Difu

in Zusammenarbeit mit
Andreas Grau, Bertelsmann Stiftung

Redaktion
Dr. Sinje Hörlin, Difu

Gestaltung
Steffi Greiner, Difu

Bei den vorliegenden Texten handelt es sich um die
redigierten Fassungen der mündlichen Beiträge auf der Fachtagung.

Fotos
Bernhardt Link

Berlin, Februar 2019

Tagungsprogramm

10.30 Uhr Begrüßung
- → Lisa Marie Veyhl, Robert Bosch Stiftung
- → Prof. Dr. Carsten Kühl, Wissenschaftlicher Direktor, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
- → Stephan Vopel, Direktor Programm „Lebendige Werte“, Bertelsmann Stiftung

10.45 Grußwort
Einwanderungsgesellschaft vor Ort gestalten
- → Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

11.00 Keynote
Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft
Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

11.45 Uhr Gesprächsrunde
Forschung und Praxis im Dialog – Die Essenz von drei Jahren
- → Frauke Burgdorff im Gespräch mit:
- → Oberbürgermeister Richard Arnold, Schwäbisch Gmünd
- → Jochen Köhnke, Leiter Ressort Kultur, Migration und Teilhabe, Stadt Iserlohn
- → Seda Rass-Turgut, Leiterin des Fachbereichs Integration, Soziales und Bürgerengagement der Stadt Osnabrück
- → Dr. Bettina Reimann, Difu
- → Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

13.45 Uhr Dialogforen
Was trägt zum sozialen Zusammenhalt in den Städten bei?

Dialogforum 1
Kommunale Strategien gegen Wohnungsnot – neue soziale Wohnmodelle
- → Moderation: Ricarda Pätzold, Difu
- → Impuls: Mario Hilgenfeld, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

Dialogforum 2
Integration und Zusammenleben im Quartier
- → Moderation: Dr. Thomas Franke/Wolf-Christian Strauss, Difu
- → Impuls: Dr. Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung

Dialogforum 3
Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Identifikation mit Gemeinwesen
- → Moderation: Andreas Grau, Bertelsmann Stiftung
- → Impuls: Jochen Köhnke, Leiter Ressort Kultur, Migration und Teilhabe, Stadt Iserlohn

Dialogforum 4
Vielfalt gestalten – Rolle und Stärkung kommunaler Entscheidungsträger
- → Moderation: Dr. Bettina Reimann, Difu
- → Impuls: Dr. Christof Eichert, Schader-Stiftung

Dialogforum 5
Integrationspotenziale ländlicher Klein- und Mittelstädte?
- → Moderation: Gudrun Kirchhoff, Difu
- → Impulse: Johanna Bächle, Amt für Bildung und Kultur, Stadt Mühlacker und
- → Stella Khalafyan, Integrationskoordinatorin Landkreis Stendal

16.00 Uhr Zusammenfassende Thesen aus den Dialogforen
- → Andreas Grau, Bertelsmann Stiftung
- → Gudrun Kirchhoff, Difu

16.10 Uhr Vortrag
Brücken schlagen: Kommunikation, Koordination und Vernetzung
- → Suat Yilmaz, Bezirksregierung Arnsberg, Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren des Landes Nordrhein-Westfalen

16.30 Uhr Podiumsdiskussion
Sozialer Zusammenhalt – Perspektiven kommunalen Handelns
- → Moderation: Frauke Burgdorff
  Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
- → Miriam Marnich, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- → Gari Pavkovic, Leiter Abteilung Integrationspolitik, Landeshauptstadt Stuttgart
- → Suat Yilmaz, Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren

Moderation: Frauke Burgdorff, BURGDORFF STADT – Agentur für kooperative Stadtentwicklung

Begrüßung

Prof. Dr. Carsten Kühl,
Deutsches Institut für Urbanistik

Meine Damen und Herren,

wir freuen uns sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung zur Veranstaltung gefolgt sind. Dies zeigt uns, dass wir offensichtlich mit dieser Veranstaltung, aber eben auch mit dem Thema durchaus richtig liegen. Und wir freuen uns wirklich sehr, dass wir heute bei der Robert Bosch Stiftung in der attraktiven Mitte Berlins zu Gast sein dürfen. Vielen Dank an die Robert Bosch Stiftung für die Zurverfügungstellung der Räume und die organisatorische Unterstützung. Unser Dank gilt vor allem auch der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Bertelsmann Stiftung, die beide als Partner die Realisierung der Veranstaltung durch inhaltliche und finanzielle Unterstützung ermöglicht haben. Die Veranstaltung „(Neu)Zuwanderung bewegt. Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft“ begleitet den Auftakt zur Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans Integration der Bundesregierung im Themenfeld Stadtentwicklung und Wohnen.

Auch wenn die Zuwanderungszahlen abgeebbt sind, bewegt das Flüchtlingsthema in hohem Maße den politischen Diskurs sowie den kommunalen Alltag. Einerseits bedürfen die in den letzten fünf Jahren aus humanitären Gründen Zugewanderten weiterhin der Unterstützung zur Integration in die Gesellschaft; dafür müssen in den Kommunen/vor Ort Ressourcen und Infrastrukturen bereitgestellt werden. Andererseits ist (Kommunal-)Politik gefordert, den gesellschaftlichen Dialog über die Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft sowie den sozialen Zusammenhalt zu führen und die Rahmenbedingungen einer offenen und integrativen Gesellschaft zu gestalten.

Hieraus ergeben sich Herausforderungen in zahlreichen Handlungsfeldern für Bund, Länder und Kommunen, auch in Kooperation mit der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern.

Es zeichnet sich ab, dass die damit in Verbindung stehenden Fragen und Arbeitsfelder, vor allem für die Kommunen, nicht isoliert bezogen auf Flüchtlinge zu diskutieren sind. Vielmehr geht es um die Herausforderungen „Integration“ und „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bei einer auch längerfristig immer stärker durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft. Integration ist ein langer Weg und die Städte leisten einen enormen Beitrag, damit gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und die neu Zugewanderten sich als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger verstehen. Städte benötigen dafür passende politische Rahmenbedingungen sowie ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen. Basis einer gelingenden Integration ist das selbstbestimmte Wohnen in einer eigenen Wohnung. Dies gelingt nicht sofort und nicht überall. Erhebliche Investitionen in die soziale Wohnraumförderung, neue boden- und mietenpolitische Instrumente zur Begrenzung von Spekulation, Immobilien- und Mietpreisentwicklung sind wichtige Bausteine, damit das Wohnen in den städtischen Nachbarschaften für alle leistbar bleibt. Auch deshalb ist Integration mit allen damit in Verbindung stehenden Fragen ein Dauerthema. Für diese Aufgaben, Diskussionen und Herausforderungen steht das Difu den Kommunen mit seiner wissenschaftlichen Expertise, den Informations-, Beratungs- und Fortbildungsangeboten unterstützend zur Seite.

Die Idee zu dieser Fachtagung entstand im Rahmen der seit Herbst 2015 im Difu bestehenden Koordinierungsstelle Flüchtlinge. Ihre Einrichtung war eine Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen, denen die Städte angesichts der Flüchtlingssituation seit 2014/2015 gegenüberstehen. Die Koordinierungsstelle diente der internen Abstimmung und Vernetzung, der Identifizierung von Forschungsfragen und der Anforderungen der Kommunen zur wissenschaftlich/fachlichen Unterstützung sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf die Publikation „Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom

Ankommen zum Bleiben“, die im Rahmen dieser Arbeit entstanden ist und seit Anfang 2018 vorliegt.

Auch mit dieser Veranstaltung möchten wir den Dialog zwischen Forschung und Praxis und den Erfahrungsaustausch ermöglichen und Ihnen die Gelegenheit bieten, sich über die Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt auszutauschen. Wir wünschen Ihnen anregende Impulse, gute Gespräche und ertragreiche Diskussionen. Ich danke allen, die sich bereit erklärt haben, uns heute mit inhaltlichen Beiträgen zu unterstützen, insbesondere Herrn Prof. Walter Siebel, der seit vielen Jahren als wissenschaftlicher Beobachter die Entwicklung der Städte begleitet. Danke dafür, dass Sie heute bei uns sind und mit einer Keynote den inhaltlichen Rahmen setzen.

Ganz besonders danke ich Frauke Burgdorff, die zu unserer Freude die Moderation der Veranstaltung übernommen hat. Als versierte Stadtkennerin wird sie uns durch aufmerksames Zuhören, mit Haltung und Humor durch den Tag begleiten. Danken möchte ich nicht zuletzt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere Frau Kirchhoff und Frau Greiner, für die engagierte Arbeit, damit diese Veranstaltung gelingen kann.

Ich wünsche uns allen eine interessante Veranstaltung.

Stephan Vopel, Bertelsmann Stiftung

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Widmann-Mauz, liebe Frau Veyhl, lieber Herr Prof. Dr. Kühl, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute Morgen auch im Namen der Bertelsmann Stiftung begrüßen zu dürfen.

Die Frage, „Was hält unsere Stadtgesellschaften im 21. Jahrhundert zusammen?“, beschäftigt nicht nur uns hier im Raum, sondern ist eine der zentralen gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit: Wie gelingt es uns, friedlich, tolerant und demokratisch in einem Gemeinwesen zusammenzuleben, das in eine Globalisierung eingebunden ist, die völlig neue Dynamiken mit sich bringt, das sich technologisch rasant verändert und in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur zusammenleben?

Ich möchte mich daher ganz herzlich für die Einladung zur Zusammenarbeit bei Frau Kirchhoff und Herrn Prof. Dr. Kühl vom Deutschen Institut für Urbanistik bedanken. Mein Dank gilt auch Ihnen, Frau Staatsministerin Widmann-Maunz, und Frau Veyhl von der Robert Bosch Stiftung, dass sie diese Veranstaltung gemeinsam mit uns durchführen.

Wir sollten zwar vorsichtig damit sein, der Krise der Gegenwart eine singuläre Bedeutung zuzumessen. Die Geschichte ist voll von kritischen Wendepunkten und entscheidenden Momenten. Und ich bin auch gar nicht so pessimistisch, was die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unseren Städten angeht.

Doch gibt es gute Gründe anzunehmen, dass wir uns in Deutschland, aber nicht nur hier, am Ende einer Ära befinden könnten und dass derzeit unterschiedliche Veränderungen – technologische, ökonomische, soziale und politische – zusammenkommen und möglicherweise etwas Grundlegendes in Bewegung setzen.

Und tatsächlich sehen drei von vier Deutschen aktuell den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Viele blicken mit Sorge darauf, was uns als Gesellschaft verbindet, was uns zusammenhält und eint bzw. was uns auseinandertreibt.

Ist diese Sorge tatsächlich berechtigt? Fragt man die Deutschen weniger allgemein nach dem Zusammenhalt in der Gesellschaft, sondern nach den konkreten Erfahrungen im eigenen Wohnumfeld, in der eigenen Nachbarschaft, dann erhält man ein anderes Bild. Gefragt nach dem Zusammenhalt in der Gegend, in der man wohnt,

geben etwa zwei von drei der Menschen in unserer Untersuchung an, der Zusammenhalt sei sehr stark oder stark. Weniger als zehn Prozent berichten, dass man in der eigenen Nachbarschaft schlecht zusammenhalten würde. Während also der Zusammenhalt in Deutschland insgesamt sehr kritisch betrachtet wird, erleben die meisten Menschen in ihrem eigenen unmittelbaren Umfeld durchaus ein starkes Miteinander.

Im Programm „Lebendige Werte“ der Bertelsmann Stiftung befassen wir uns seit einigen Jahren intensiv mit dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt. Und in diesem Jahr haben wir den Reinhard Mohn Preis zum Thema „Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten“ ausgerichtet. In diesem Rahmen haben wir auch internationale Beispiele guter Praxis in Stadtgesellschaften recherchiert. Hier möchte ich ein Beispiel für die heutige Veranstaltung herausgreifen. Das Beispiel der Stadt Mechelen in Belgien zeigt deutlich, welche Rolle ein aktives Management und das Zusammenwirken aller Akteure der Stadtgesellschaft für den gelingenden Umgang mit Vielfalt spielt. Noch um die Jahrtausendwende hatte Mechelen einen schlechten Ruf als „Chicago an der Dijle“ – Kriminalität, verschmutzte Straßen und der Wegzug der Mittelschicht prägten die 90.000-Einwohner-Stadt. Rechtspopulisten waren auf dem Vormarsch. Heute ist Mechelen eine sichere und florierende Stadt, in der das Zusammenleben in Vielfalt gelingt. Mechelen verdankt seine positive Entwicklung ganz wesentlich dem tatkräftigen und beharrlichen politischen Wirken seines Bürgermeisters, Bart Somers. Sein Rezept ist eine Kombination aus Sicherheit und Freiheit. Zitat Bart Somers: „Die Menschen müssen sich im öffentlichen Raum wohl und sicher fühlen. Das ist die Basis dafür, dass Vertrauen und Offenheit für Vielfalt entstehen können.“ Auf der anderen Seite seien jegliche Form von Diskriminierung und Ausgrenzung entschieden zu bekämpfen, da dies die Lebenschancen von Menschen wie auch den sozialen Zusammenhalt zerstöre.

Doch ohne Verbündete, ohne die Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger – mithin der Zivilgesellschaft – würde all das nur wenig weit tragen. Somers ist proaktiv auf Sportvereine und Initiativen zugegangen, sich zu engagieren, und das tun sie: Viele Vereine sind zu Begegnungsorten unterschiedlicher Milieus geworden, aber sie sind auch eine Form sozialer Kontrolle. Das sind die beiden Seiten – Freiheit und Sicherheit –, die die Integrationsbemühungen in Mechelen erfolgreich machen. Mit seinem proaktiven Management der Vielfalt und entschiedener Positionierung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung hat Bart Somers den Turnaround in einer auseinanderbrechenden Stadtgesellschaft erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich wünsche uns allen für den heutigen Tag wertvolle Impulse und Diskussionen darüber, wie der Zusammenhalt angesichts von Globalisierung, Digitalisierung, Einwanderung und zunehmender Vielfalt gestaltet werden kann.

Denn eines ist klar: Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss vor Ort, im Alltag immer wieder aufs Neue gestärkt werden und dazu können wir alle einen Beitrag leisten.

Vielen Dank.

Grußwort

Einwanderungsgesellschaft vor Ort gestalten

Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, diese Veranstaltung mit Ihnen gemeinsam auszurichten. Vielen Dank an die Robert Bosch Stiftung, dass wir in Ihren Räumlichkeiten tagen dürfen. Und ein besonderer Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Bertelsmann Stiftung für die gute inhaltliche Vorbereitung und Organisation der Veranstaltung.

Wenn ich mir anschaue, wer sich hier und heute zusammenfindet, wird deutlich, was unsere Einwanderungsgesellschaft voranbringt: starke Partner aus Kommunen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Praxis und Politik, die zusammenarbeiten, um gemeinsam etwas zu bewegen.
Bewegen – das ist das Stichwort, das sich auch im Titel dieser Veranstaltung wiederfindet. Diese Dynamik können wir nutzen, um Integrationspolitik und Integrationsarbeit vor Ort zukunftsfähig zu gestalten und in die richtige Richtung zu lenken. Bewegung braucht kluge Steuerung und gute Koordinierung – auf allen Ebenen.

Damit komme ich dorthin, wo Integration stattfindet: in den Kommunen vor Ort, in der Nachbarschaft, in der Schule und am Arbeitsplatz. Hier entscheidet sich, ob das Zusammenwachsen und Zusammenleben gelingt. Begegnungen von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft sind immer eine Chance, erzeugen aber auch Konflikte. Umso mehr kommt es auf die Kommunen an. Gerade in den vergangenen Jahren haben wir gesehen, wie viel unsere Städte und Gemeinden leisten können: bei der Aufnahme von Geflüchteten, der Erstintegration und der Entwicklung tragfähiger Konzepte. Unsere Kommunen haben – oft unter Hochdruck – schnell reagiert. Sie haben Netzwerke aufgebaut und die Bürgerinnen und Bürger motiviert, mitzuhelfen.

Dabei haben wir an allen Orten einen wertvollen Schatz neu entdeckt: das ehrenamtliche Engagement der Menschen. Mehr als jede und jeder Zweite in Deutschland hat sich seit 2015 für Geflüchtete engagiert[1]. Viele sind heute noch aktiv. Man kann also auch von einer gesellschaftlichen Bewegung sprechen, die ihre Wurzeln in einem funktionierenden Gemeindeleben hat. Wir können dankbar dafür und stolz darauf sein.

Derzeit kommen zwar weniger Geflüchtete neu in die Kommunen, Zeit zum Ausruhen bleibt aber nicht. Vielmehr sollten wir die Kraft und die Dynamik auf das konzentrieren, was vor uns liegt. Die Kommunen müssen für kommende Veränderungen und Herausforderungen gut gewappnet sein. Es geht darum, Erfahrungen auszutauschen und zu prüfen, welche Strukturen, Netzwerke und Angebote in den letzten Jahren entstanden sind und wie leistungsfähig und nachhaltig sie sind, um jetzt die Integration vor Ort zu stärken. Diese Veranstaltung trägt dazu bei.

Denn klar ist: Integration und Migration werden uns weiter in Bewegung halten. Wir müssen die Einwanderungsgesellschaft aktiv gestalten! Ein Blick auf das Programm des heutigen Tages macht deutlich, wie vielfältig die Herausforderungen sind. Es zeigt aber auch, dass es viele gute Lösungsansätze und Ideen gibt. Migration, Integration und Vielfalt sind eine Daueraufgabe, aber auch eine Dauerchance für unser Land! In der Weiterentwicklung städtischer Strukturen müssen wir diese Daueraufgabe und Dauerchance mitdenken. Stadt- beziehungsweise Quartiersentwicklung und Integration müssen noch stärker zusammengebracht werden. Dazu gehört auch, dass wir die soziale Infrastruktur in Quartieren verbessern und Orte der Begegnung und Integration schaffen.

1 Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (2018): Engagement in der Flüchtlingshilfe. Demnach haben sich seit 2015 rund 55 Prozent engagiert, darunter 19 Prozent mit aktiver Hilfe (Freizeitangebote, Sprachunterricht, Behördengänge, Patenschaften), die anderen mit Sach- oder Geldspenden. 2018 sind immer noch 11 Prozent in der aktiven Hilfe.

Ein Handlungsfeld möchte ich hervorheben: die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Sie ist vielerorts angespannt. Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum und der soziale Wohnungsbau sind große Herausforderungen unserer Zeit. Hinzu kommen in vielen Kommunen Fälle von sogenannten Problem-Immobilien im Zusammenhang mit der gesteigerten Zuwanderung aus Südosteuropa. Auch das Wohnumfeld entscheidet über die Integration und beeinflusst damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein gutes Wohnraummanagement fördert die Integration und wirkt Parallelgesellschaften entgegen. Der Bund verfügt bereits über gute Instrumente, um hier mehr zu bewegen. Ich denke zum Beispiel an den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“, die ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt“ sowie die Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Gemeinden.

Insgesamt geht es auch darum, für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu sorgen. Die Infrastruktur vor Ort ist dabei ein wesentlicher Faktor und Schwerpunkt der Kommission, die die Bundesregierung im September 2018 eingesetzt hat.

Dass die Themen „Integration“ und „Wohnen“ einen besonderen Stellenwert haben, wird auch durch den neuen Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung deutlich: Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat werden wir Lösungsansätze im Themenbereich „Stadtentwicklung und Wohnen“ im Zusammenhang mit Integration erarbeiten. Der Aktionsplan umfasst darüber hinaus eine Vielzahl von weiteren Handlungsschwerpunkten, die ich mit den Bundesministerien, Bundesländern, Kommunen und den Migrantenorganisationen koordinieren und anpacken werde.

Damit komme ich zum letzten Punkt: Bewegung und Veränderung verlangen nach Gestaltungswillen und Koordination auf allen Ebenen des Föderalismus. Unser Ziel auf Bundesebene: Wir wollen beim Nationalen Aktionsplan gute Maßnahmen bündeln und beraten, in welchen Bereichen bei der Integration nachgesteuert werden muss. Die Ergebnisse werden wir auf den Integrationsgipfeln der Bundeskanzlerin in den kommenden Jahren vorstellen.

Die Ergebnisse aus dem Aktionsplan können wir dann natürlich nur in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort umsetzen. Dafür brauchen die Kommunen Unterstützung: So gilt es schon jetzt, beispielsweise die Kompetenzen der Gemeinden bei der Zusteuerung zu Integrationskursen besser zu berücksichtigen. Auch muss es gelingen, die kommunale Verwaltung für interkulturelle Herausforderungen weiter zu sensibilisieren. Träger der Migrationsberatung müssen gestärkt werden, um enger mit den Kommunen zusammenzuarbeiten und den Integrationsprozess besser begleiten zu können. Zugleich ist es wichtig, die Fördermaßnahmen von Bund und Ländern transparenter zu gestalten.

Erfolgreiche Integrationspolitik und -arbeit braucht ebenso personelle und finanzielle Ressourcen. Darum unterstütze ich das Anliegen der Kommunen, die Weiterleitung von Bundesmitteln für die Integrationskosten zu verbessern. Mit einem reichhaltigen Erfahrungsschatz, mit neuen Ideen, aber auch mit einem geschärften Problembewusstsein, an welchen Stellen unsere Gesellschaft und der Zusammenhalt vor sichtbaren Herausforderungen stehen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, der Integrationspolitik neue Impulse zu verleihen.

Ich bin zuversichtlich, dass Sie mit den Erkenntnissen des heutigen Tages mit kräftigem Rückenwind in Ihre Städte und Gemeinden zurückkehren und viel Gutes auf den Weg bringen werden. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen etwas zu bewegen!

Keynote

Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft[2]

Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Rolle von Stadt und Zuwanderung beinhaltet keine bescheidene Themenstellung. Was Gesellschaft zusammenhält und was sie auseinandertreibt ist immerhin die Gründungsfrage der Soziologie, und der Gründungsvater einer systematischen empirischen Sozialforschung, Emile Durkheim, hat bereits die zwei Dimensionen benannt, in der die Soziologie seitdem nach Antworten auf diese Frage sucht: Einmal die Struktur der Gesellschaft: Durkheim hatte die Arbeitsteilung als den zentralen strukturellen Mechanismus bezeichnet, der die Integration der Gesellschaft sichert, weil sie ein System wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen den Individuen schafft. Zum anderen die Kultur: nach Durkheim setzt Integration der Gesellschaft die Integration der Individuen in eine gemeinsame Kultur voraus, d.h. ihre Orientierung an einem gemeinsamen Bestand verbindlicher Normen. Deshalb wird in der Soziologie Integration unter zwei Fragestellungen diskutiert: Einmal der nach der Integration **der** Gesellschaft. Hier geht es um den Zusammenhalt der sich differenzierenden Teilsysteme einer Gesellschaft. Gegenbegriffe sind Desintegration, Zerfall, Spaltung. Zum anderen die Frage nach der Integration eines Individuums **in die** Gesellschaft. Hier geht es um die Sozialisation von Kindern, die Resozialisation von Straftätern oder die Prozesse, in deren Verlauf Einwanderer zu Mitgliedern der Einwanderungsgesellschaft werden. Gegenbegriffe sind Anomie, Entfremdung, Ausgrenzung. Im Folgenden ist zuerst von der Integration **der** Gesellschaft und im zweiten Teil von der Integration **in die** Gesellschaft die Rede.

Nach dem Fall der Mauer hat Walter Momper das deutsche Volk das Glücklichste der Welt genannt. Heute, 29 Jahre später, wird der Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts befürchtet. Was erklärt diesen dramatischen Stimmungsumschwung?

Ich glaube nicht, dass zur Erklärung rationale Argumente allein hinreichen. Es spielen dabei Ängste eine Rolle, die weit über ihre möglichen Anlässe hinausschießen. Aber nach einem Axiom der Soziologie, dem Thomas-Theorem, hat das, was Menschen für wirklich halten, in der Wirklichkeit reale Konsequenzen, d.h.: Auch noch so irrational erscheinende Ängste können die soziale Wirklichkeit verändern. Deshalb muss man sie ernst nehmen und nach ihren Anlässen in der Realität suchen, um Ansatzpunkte für ein Gegensteuern zu finden. Ich werde deshalb vor allem nach Gründen für ein Zerbrechen des gesellschaftlichen Zusammenhalts fragen, nicht nach Faktoren, die ihn stärken. Das ist ein einseitiger, aber notwendiger Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit.

Ich möchte drei Faktoren diskutieren, die zur Erklärung des Stimmungsumschwungs in der Bundesrepublik beitragen können: der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, der Kontrollverlust der Politik und die Zuwanderung. Sie bieten zugleich Ansätze für Politik, auch für Stadtpolitik, die einer Spaltung entgegenwirken.

Ökonomischer Strukturwandel

Bis in die 1970er Jahre hatten sich die ökonomischen und sozialen Distanzen zwischen den Schichten verringert. Dieser „egalitäre Kapitalismus“ war möglich auf Basis eines historisch einmaligen ökonomischen Wachstums, einer politisch eingehegten „sozialen Marktwirtschaft“ und einer integrativen Stadt- und Wohnungspolitik. Seit den 1980er Jahren aber nimmt die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in nahezu allen wirtschaftlich entwickelten Ländern wieder zu (OECD 2015).

Ein Grund dafür ist der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Die Dienstleistungsgesellschaft wird auf absehbare Zeit eine ungerechtere Gesellschaft sein als es die Industriegesellschaft in den goldenen Jahrzehnten des Fordismus nach dem zweiten Weltkrieg gewesen ist.

2 Schriftliche Fassung eines Vortrags, gehalten am 10.12.2018 in Berlin, Difu. Der Text ist nicht wortgleich mit dem Vorgetragenen. Ich danke Martin Heidenreich und Martin Kronauer für ihre Anregungen und Kritik.

In den produktionsorientierten Dienstleistungen – Ingenieure, IT-Fachleute, Finanzdienstleister, Berater…. – werden sehr hohe Einkommen erzielt, in den haushalts- und personenbezogenen Berufen dagegen sehr niedrige und häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Diese Tendenzen zeigen sich seit den 1990er Jahren auch in Deutschland. Hier haben die einkommensschwächsten zehn Prozent der Bevölkerung sogar absolut verloren: Ihre Realeinkommen lagen im Jahr 2015 unterhalb der Realeinkommen von 1991. Im selben Zeitraum haben sich die Einkommen der obersten zehn Prozent der Haushalte um 30 Prozent erhöht. Die Vermögen sind noch erheblich ungleicher verteilt: zehn Prozent der Haushalte besitzen 60 Prozent des Volksvermögens. Damit ist Deutschland innerhalb der Eurozone das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit.

Es wächst aber nicht nur der Abstand zwischen Arm und Reich, es steigt auch die Zahl der reichen und der armen Haushalte, während die Mittelschicht schrumpft (Hans Böckler Stiftung 2018). Wir beobachten also nicht nur wachsende Ungleichheit, sondern auch eine Polarisierung: Immer mehr Haushalte sammeln sich am oberen und unteren Pol der Einkommensskala, während die Mitte schrumpft.

Wilkinson und Pickett (2009) haben in einer vergleichenden Untersuchung von dreißig entwickelten Ländern nachgewiesen, dass ab einem Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 30.000 Dollar die Lebensqualität nicht mehr mit dem ökonomischen Wachstum steigt, sondern mit dem Maß an Gleichheit in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. In wohlhabenden Gesellschaften besteht ein geradezu verblüffend enger Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit einerseits, niedriger Lebensqualität, Gesundheit, vermehrten Anzeichen gesellschaftlicher Anomie (Selbstmordrate, Drogenabhängigkeit, Kriminalität…) und schwindendem Vertrauen in andere Menschen und die Politik andererseits.

Es scheint, als könnte in der Bundesrepublik eine Konstellation wiederkehren, die in der Weimarer Republik den Aufstieg des Nationalsozialismus befördert hat.

Kontrollverlust des Staates

Nach dem zweiten Weltkrieg ist der Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik so ausgebaut worden, dass der Einzelne weitgehend geschützt war gegen die Risiken von Krankheit, Alter und persönlichen Schicksalsschlägen. Erst recht in der DDR hat der Staat diese Verantwortung übernommen. Das hat eine paternalistische Auffassung vom starken Staat gefördert, der Schutz bieten kann vor inneren wie äußeren Risiken (Kronauer 2018). Dieses Vertrauen ist verloren gegangen.

Einmal, weil die Politik der wachsenden Ungleichheit wenig entgegengesetzt hat. Im Gegenteil: Der neoliberale Umbau des Wohlfahrtsstaats, der Abbau von Arbeitsrechten und Sozialschutz haben dazu beigetragen, dass trotz des langanhaltenden ökonomischen Booms ein Sockel von Hartz-IV-Beziehern Bestand hat (Läpple 2018: 187). Hinzu kommen die Abschaffung der nationalen Währungen, die Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel und die immer stärker spürbaren Folgen der Globalisierung.

Besonders krass hat sich der Kontrollverlust der Politik in der Finanzkrise gezeigt. Zu ihrer Bewältigung haben sich die Staaten in einem Ausmaß zusätzlich verschuldet, dass sie noch tiefer in die Abhängigkeit vom Wohlwollen der Gläubiger getrieben wurden. Man mag ja klammheimliche Freude empfinden, wenn „die Märkte“ einer populistischen Regierung Grenzen setzen. Aber das tun sie gegenüber jeder Regierung. An die Stelle der Politik treten anonyme Mächte in Gestalt „der Märkte“. Und diese Entmachtung der Politik hat wiederum politisch disruptive Folgen.

Das belegt eine kürzlich erschienene vergleichende Untersuchung in 20 entwickelten Ländern zu den Folgen von Finanzkrisen innerhalb der letzten 144 Jahre (Funke et al. 2018). Danach haben Finanzkrisen, anders als konjunkturelle Krisen, regelmäßig zerstörerische politische Folgen: ein Aufstieg rechtsradikaler Parteien und eine Fragmentierung des Parteiensystems, was die politische Lösung der Krise zusätzlich erschwert oder sogar blockiert. Das wiederum verstärkt den Vertrauensverlust der Politik. Die Autoren bieten für diese Teufelskreiseffekte von Finanzkrisen drei Erklärungen: Erstens werden konjunkturelle Krisen auf exogene Faktoren zurückgeführt, für die niemand direkt verantwortlich ist. Finanzkrisen dagegen werden bestimmten Akteuren zugerechnet: moralisch unverantwortlichen Spekulanten und dem Fehlverhalten von Politikern. Zweitens führen Finanzkrisen meist zu einem politischen Bail-out von Banken und anderen spekulativen Investoren auf Kosten der Steuerzahler, was besondere Wutreaktionen auslöst. Und drittens verschärfen Finanzkrisen die soziale Ungleichheit stärker als normale Krisen.

Was gegenwärtig im deutschen Parteiensystem und in der politischen Öffentlichkeit zu beobachten ist, wäre

demnach weniger eine Folge der Flüchtlingskrise als der Finanzkrise der Jahre 2008/2009. Aber „die Märkte“ sind anonyme, ungreifbare Mächte. Also verschiebt sich die Wut auf die, die man sehen kann: die Bundeskanzlerin, „die Eliten“ generell und auf die Flüchtlinge.

Zuwanderung

Der Strom der Flüchtlinge über die Grenzen war ein besonders sinnfälliges Beispiel für den Kontrollverlust der Politik. Aber die Bilder, die das Fernsehen von den Flüchtlingstrecks geliefert hat, haben noch weit tiefere Ängste geweckt: Man sah Massen von Flüchtlingen aus weit geöffneten Autofähren hervorquellen, über Autobahnen oder Eisenbahngeleise marschieren, und es gab keine Grenzen, die sie aufgehalten hätten. Diese Bilder haben Ängste ausgelöst, ähnlich denen anlässlich der Schleifung der Stadtbefestigungen im 19. Jahrhundert. Jahrhunderte lang hatten die Stadtmauern die Grenze markiert zwischen einem befriedeten Inneren und einem bedrohlichen Außen. Nach dem Fall der Mauern gab es keine Tore mehr, die geschlossen werden konnten. Was die Mauern draußen gehalten hatten, das drängte jetzt in die Städte. Damals kehrte sich das Bild der Stadt um: von einer Insel des Friedens und der Ordnung zu einem Ort des Chaos und der Unsicherheit. Es war der Beginn der konservativen Stadtkritik, die in den großen Städten nicht mehr Jerusalem sah, sondern die Hure Babylon. Das wiederholt sich heute auf der Ebene der Nationalstaaten. Mit dem Schengen-Abkommen sind nationale Grenzen durchlässig geworden. Sie schützen nicht mehr vor dem bedrohlichen Außen. Und die politischen Eliten, weil sie die Grenzen aufgehoben haben, werden ähnlich verteufelt wie die wehrlos gewordene Stadt im 19. Jahrhundert.

Grenzen haben ein Doppelgesicht: sie engen ein, sie beschränken die Freiheit, aber sie gewähren auch Schutz und Sicherheit. Die Aufhebung einer Grenze ist deshalb ein Akt von hoher und widersprüchlicher Symbolik: Er ist Befreiung, aber er kann auch tiefe Ängste wecken vor Kontrollverlust und dem Zusammenbruch aller Ordnung und Sicherheiten. Das könnte auch zur Erklärung beitragen, weshalb der Hass auf Flüchtlinge so besonders ausgeprägt in den neuen Bundesländern ist, obwohl sie sehr viel weniger Flüchtlinge aufnehmen mussten.

Die Mauer hatte ein in vieler Hinsicht beengtes, aber auch ein in vieler Hinsicht sicheres Leben gewährleistet. Wer die nötigen politischen Anpassungsleistungen erbracht hatte, dessen Leben verlief in berechenbaren Bahnen. Er musste weder fürchten, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, noch dass ihm die Wohnung gekündigt würde. Mit dem Fall der Mauer ist auch der Schutz vor den Risiken und Unsicherheiten einer kapitalistisch und liberal verfassten Gesellschaft gefallen. Die Bilder der ungehindert von Grenzen hereinströmenden Flüchtlinge aktualisierten die existentiellen Verunsicherungen, die viele DDR-Bürger nach dem Fall der Mauer erleben mussten. Auch daher ihre angstvolle Wut angesichts der Flüchtlingsströme.

Doch die Zuwanderung wird nicht nur stellvertretend für den Kontrollverlust der Politik in Haft genommen. Sie beinhaltet auch selber Probleme, die die Alteingesessen direkt betreffen:

Heimatverlust:
Nicht nur die Zuwanderer müssen sich aus ihrer vertrauten Umgebung lösen. Auch die Alteingesessenen verlieren ein Stück Heimat, wenn ihre vertraute Umgebung durch den Zuzug von Fremden verändert wird.

Statusverlust:
Die Gastarbeiter blieben zunächst am unteren Rand der deutschen Gesellschaft. Sie besetzten die Arbeitsplätze, die für die Einheimischen nicht attraktiv waren, sie wohnten, wo keiner sonst wohnen wollte, sie verschafften den Einheimischen einen Statusgewinn, weil sie plötzlich noch jemanden unter sich hatten, und im Übrigen würden sie so oder so bald wieder fort sein. Nach der Öffnung Deutschlands für den Familiennachzug änderte sich das. Die Gastarbeiter stellten sich aufs Bleiben ein. Sie begannen, ihre randständige Position zu verlassen, sich auf bessere Arbeitsplätze zu bewerben und zogen in bessere Wohnungen. Sie wurden im wörtlichen und übertragenen Sinne in den Städten sichtbar. Der sich integrierende Fremde rückt näher, die Rangordnung zwischen Einheimischen und Zuwanderern verschiebt sich, die Einheimischen erleiden Status-- und Machtverluste. Wer vorher fraglos unter einem stand, der tritt einem als Konkurrent oder gar als Vermieter und Vorgesetzter gegenüber (Hüttermann 2018). Gerade im Zuge seiner Integration wird der Fremde zum Ärgernis.

Ökonomische Konkurrenz:
Die Angst, dass durch Zuwanderung eine eh schon prekäre eigene Situation noch prekärer werden könnte, ist nicht unbegründet. Wenn Zuwanderer um Arbeitsplätze oder Wohnungen konkurrieren, dann nicht mit akademisch gebildeten, wohlbestallten Grün-Alternativen, sondern in den Segmenten der Arbeits- und Wohnungsmärkte, auf die die ökonomisch und sozial Schwächeren dieser Gesellschaft angewiesen sind.

Konkurrenz um Sozialtransfers:
Zuwanderer werden auch als Konkurrenten um Leistungen des Sozialstaats gefürchtet, und zwar als illegitime Konkurrenten, denn sie nehmen sozialstaatliche Leistungen in Anspruch, ohne zu deren Finanzierung beigetragen zu haben. Das erklärt, weshalb die Vorbehalte gegen Zuwanderung in liberalen, ausgebauten Sozialstaaten (skandinavische Länder, Niederlande) besonders heftig ausfallen können.

Auch hier wiederholt sich ein Muster, das aus der Stadtgeschichte bekannt ist (Kronauer 2018). Bis ins 19. Jahrhundert waren die Fürsorgeleistungen der Städte nur den Ortsansässigen vorbehalten. Wer wanderte, verlor seinen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinde, und die Städte

hielten diese sog. Vagabunden mit allen Mitteln außerhalb ihrer Mauern, um die Ortsansässigen vor der fremden Konkurrenz zu schützen. Heute wiederholt sich das an den Außengrenzen der EU und der Nationalstaaten.

Konsequenzen für die Städte

Wachsende soziale Ungleichheit, Kontrollverlust der Politik und Zuwanderung bedrohen die Integration der Gesellschaft. Es besteht die Gefahr der Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts bis hin zu politischer Polarisierung und sozialer Spaltung. Die Städte sind von jeher die Kristallisationspunkte des sozialen Wandels und die bevorzugten Ziele von Migranten. Deshalb werden auch die Folgen dieser Entwicklungen in den Städten besonders sichtbar: Armut, Reichtum, Arbeitslosigkeit und die Probleme der Integration in die Gesellschaft.

In Frankfurt am Main leben Angehörige von 170 Nationen in 150 religiösen Gemeinden. Mehr als die Hälfte der Frankfurter haben einen Migrationshintergrund. Frankfurt am Main ist eine Minderheitenstadt wie Offenbach, Amsterdam, Genf, Wien und viele andere Städte, in denen die Alteingesessenen nicht mehr die Mehrheit bilden. Andererseits erreicht in den deutschen Minderheitenstädten keine der neu zugewanderten Minderheiten mehr als 25 Prozent der Bevölkerung. (Schneider 2017). Die Furcht, eine fremde, importierte Kultur könnte dominant werden, erweist sich aber nicht nur angesichts dieser Zahlen als unbegründet.

Die kulturelle Heterogenität deutscher Städte beruht keineswegs primär auf dem Import von Differenz durch Migration, sondern auf der Binnendifferenzierung deutscher und migrantischer Milieus. In einer Sinus-Studie wurden innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund acht Milieus identifiziert, die – das ist entscheidend – quer zu den Herkunftsländern liegen: „Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen. Mit anderen Worten: Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus“ (Wippermann/Flaig 2009). Und diese Pluralisierung ist umso ausgeprägter, je länger die Zugewanderten hier leben und je erfolgreicher sie auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten sind. Eine Rückbesinnung auf die Herkunftskultur findet sich dagegen bei nicht integrationserfolgreichen Migranten. Sie fungiert dann als Selbstvergewisserung angesichts des eigenen Misserfolgs und als Kompensation von Diskriminierungserfahrungen.

Die Vorstellung, in deutschen Städten könne sich ein Clash of Cultures entwickeln, ein Zusammenstoß von christlichem Abendland und orientalischem Islam, findet wenig Rückhalt in der Realität. Es gibt keine deutsche und keine muslimische Kultur, die wie zwei monolithische Kultursubjekte ihre Soldaten in einen heiligen Krieg schicken könnten. Das gilt auch für die Herkunftsländer: Nach einer Gallup-Umfrage in 31 muslimischen Ländern mit 50.000 Befragten sprechen sich selbst im Gottesstaat Iran 85 Prozent für die Gleichberechtigung von Mann und Frau aus. Nur 7 Prozent der Muslime rechtfertigen die Attentate des 11.September (Süddeutsche Zeitung 28.02.2008, zit. nach Hüttermann 2018: 76).

Die Probleme der Integration von Zuwanderern beruhen in erster Linie auf der Überlagerung von kultureller Heterogenität und sozialer Ungleichheit. Die Politik hat diesen Entwicklungen wenig entgegengesetzt, im Gegenteil: Die neoliberale Wohnungs- und Stadtpolitik setzt räumlich auf die Innenstädte und auf konkurrenzfähige Standorte, sozial auf hochqualifizierte Arbeitskräfte, einkommensstarke Konsumenten und Touristen, inhaltlich auf weithin sichtbare Leuchtturmprojekte, auf die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und sozial gebundener Wohnungsbestände und auf die bauliche und soziale Aufwertung billiger Quartiere. Das alles hat die Alternativen auf dem Wohnungsmarkt für schwächere Haushalte massiv verringert. Mehr soziale Ungleichheit und mehr kulturelle Heterogenität, eine auf Wachstumsförderung orientierte Stadtpolitik, Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die Deregulierung der Wohnungsversorgung – diese Tendenzen zusammen formen ein Szenario, in dem scharfe sozialräumliche Polarisierungen in den Städten (wieder) wahrscheinlich werden.

In den großen Städten und dort in benachteiligten Quartieren konzentrieren sich die noch nicht integrierten Zugewanderten und die deutschen Verlierer des Strukturwandels. Solche Nachbarschaften entwickeln negative Kontextwirkungen, d.h. sie werden zu zusätzlichen Benachteiligungen. Verlierer haben viele Gründe, Fremden mit Abwehr zu begegnen. Sie brauchen Sündenböcke, Fremde sind doppelt für diese Rolle geeignet, denn sie bieten einen konkreten Feind und zugleich den Trost, dass das ungreifbare System und man selber schon gar nicht irgendwie für das eigene Elend verantwortlich sein könnten. Wenn sich solche erzwungenen Nachbarschaften noch dazu in einer städtischen Umwelt herstellen, die ihren Bewohnern täglich vor Augen führen, dass sie an den Rand der Stadtgesellschaften geraten sind, dann sind nicht Toleranz und Integrationsbemühungen zu erwarten,

sondern Konflikte und gegenseitige aggressive Abgrenzungen.

Hinzu kommen materielle Benachteiligungen: Die Bausubstanz ist heruntergekommen, die Versorgung mit öffentlichen und privaten Infrastrukturen ist unzureichend, die informellen Netze sind zu schwach, um wirksame Hilfe zu sein bei der Jobsuche oder bei Notlagen. Auch treten bei Jugendlichen, deren Kontakte auf eine solche Nachbarschaft beschränkt sind, Schulversagen und abweichende Verhaltensweisen häufiger auf. Die Konzentration von baulichen und sozialen Problemen in einem Quartier fördert wiederum die negative Etikettierung seiner Bewohner, aus einem benachteiligten Quartier wird ein benachteiligendes Quartier. Seine Bewohner geraten im wörtlichen und übertragenen Sinn des Wortes an den Rand der Gesellschaft.

Die soziale Frage ändert ihr Gesicht: Die vertikale Schichtung zwischen Oben und Unten wird überlagert von einer Spaltung zwischen drinnen und draußen, neben Ungleichheit tritt Ausgrenzung. Das verleiht der Rede von der Spaltung der Stadtgesellschaft ihren empirischen Gehalt.

Was tun?
Grundsätzlich:

- Ohne die Lösung der sozialen Probleme dieser Gesellschaft wird auch die Integration der Zuwanderer scheitern.
- Integrationspolitik hat zwei Adressaten: die Zuwanderer und die von Ausgrenzung bedrohte einheimische Bevölkerung.
- Integrationspolitik ist in besonderem Maße Stadtpolitik (Kronauer 2018: 165f): Weil die Städte Orte sind, wo die neue soziale Frage geformt wird, und weil Lokalpolitik am ehesten fähig ist, die notwendigen, lokal differenzierten Maßnahmen zu formulieren und durchzuführen.
  Notwendig ist ein neuer Munizipalsozialismus, der auch arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen einbezieht. Dazu müssen die Kommunen rechtlich und finanziell befähigt werden.

Hier ließe sich jetzt eine lange Wunschliste aufstellen. Z.B. wäre die Flüchtlingskrise ohne die enge Kooperation zwischen administrativer, professioneller und ehrenamtlicher Hilfe nicht bewältigt worden. Angesichts fortdauernder Zuwanderung sollte diese Kooperation institutionalisiert werden. Dazu wäre eine organisatorische und finanzielle Infrastruktur für das Ehrenamt notwendig, die nur vor Ort bereitgestellt werden kann.

Ich möchte zum Schluss nur auf ein Thema näher eingehen, nämlich die Frage von Einwanderungsquartieren und ethnischen Kolonien, also das umstrittene Problem der Segregation. Es wird immer noch kontrovers diskutiert, denn die Kontroversen sind in der Ambivalenz der Sache selbst begründet.

Stadt lässt sich definieren als ein Ort, an dem Fremde wohnen (zum Folgenden ausführlich: Siebel 2016: 285ff). Stadt beginnt dort, wo die Bewohner sich nicht mehr kennen. Der Fremde aber ist nicht nur der Unbekannte, er ist auch der Andere und potentiell Andersartige. Seine Nähe ist konfliktträchtig. Segregation ist ein städtischer Mechanismus, um mögliche Konflikte einzuhegen. Indem die Stadt soziale Gruppen mit unterschiedlichen Lebensstilen, normativen Orientierungen und Verhaltensweisen in verschiedene Territorien sortiert, übersetzt sie soziale und kulturelle Distanzen in räumliche. Das mindert die Chancen für potentiell konflikthafte Begegnungen. Die segregierte Stadt leistet durch ihre sozialräumliche Struktur, was die urbane Indifferenz des gelernten Städters auch leistet: Man kümmert sich nicht um den Fremden, man lässt ihn gewähren, seine Fremdheit bleibt erhalten, in der urbanen Stadt kann jeder nach seiner Fasson selig werden. Mögliche Konflikte zwischen verschiedenen Milieus aber werden vermieden, indem Fremdheit aus der Wahrnehmung gleichsam ausgeblendet wird.

Das ist ein genereller Mechanismus der Integration moderner Gesellschaften. Auch der Markt integriert, indem er nur einen kleinen Ausschnitt der Persönlichkeit thematisiert, den Ausschnitt, den er verwenden kann, und von allen anderen Eigenschaften systematisch absieht. Um am Marktgeschehen teilnehmen zu können, muss man über Geld, marktgängige Waren oder gesuchte Qualifikationen verfügen. Politische Überzeugungen, Religionszugehörigkeit oder Hautfarbe interessieren nicht. Ein Markt, der aufgrund solcher Merkmale auf die Integration von Produktionsfaktoren verzichten würde, wäre suboptimal. Diskriminierung widerspricht der Logik des Marktes.

Moderne Gesellschaften werden nicht nur durch strukturelle Mechanismen wie die Arbeitsteilung und durch gemeinsame normative Orientierungen integriert, sondern ebenso durch ihre Fähigkeit, Fremdheit zu dethematisieren. Die urbane Lebensweise und die Segregation sind Mechanismen, mittels derer in Städten Fremdheit dethematisiert wird.

Doch Segregation leistet auch mehr als nur die Vermeidung von Konflikten.Die Spezialisierung verschiedener Orte auf bestimmte Tätigkeiten, Bedürfnisse, Interessen und soziale Gruppen hilft, die eigenen Besonderheiten leben zu können, indem eine entsprechende Infrastruktur geschaffen wird und genügend Menschen diese nutzen. Segregation ist eine Voraussetzung dafür, dass sich in einer Stadt verschiedene Lebensstile, Subkulturen und Milieus entfalten können. Segregation erfüllt produktive Funktionen bei der Entfaltung einer differenzierten, urbanen Kultur.

Segregation erfüllt auch wichtige Funktionen bei der Integration von Zuwanderern. Zuwanderer ziehen in der Regel dorthin, wo sich bereits Kolonien ihrer eigenen Ethnie gebildet haben, das Phänomen der „Kettenwanderung." Ethnische Kolonien bieten geschützte Räume des Übergangs, und Integration braucht solche Übergangsräume, denn erst auf Basis einer halbwegs gesicherten Identität kann man sich auf die immer riskante Auseinandersetzung mit einer fremden Umgebung einlassen.

Migration stellt Identitäten infrage, Migranten leiden unter existentieller Unsicherheit, einem Mangel an Selbstbestimmung, psychosozialer Unterstützung, fehlender Anerkennung und sozialer Isolation. Aus Therapien mit traumatisierten Flüchtlingen weiß man, dass die Belastungen der Migration schwerwiegender sein können als die Traumatisierungen im Herkunftsland, die zur Migration der Anlass waren.

Ethnische Kolonien mildern den Schock der Migration, sie wirken als Brückenköpfe der eigenen Heimat in der neuen, noch fremden Welt. Der Migrant findet dort Menschen, die seine Sprache und Gewohnheiten verstehen, erste Informationen, materielle Hilfen, soziale Netze, die ihm Halt geben können. Deshalb sind Einwanderungsquartiere ein Phänomen aller Einwanderungsstädte: Little Italy, China Town, auch die Deutschen sind in Amerika erst einmal nach Little Germany gezogen.

Allerdings laufen Einwanderungsquartiere immer auch Gefahr, zu Fallen zu werden, aus denen kein Weg mehr in die neue Gesellschaft zu finden ist. Diese Gefahr ist umso größer, je geringer ihr Zugang zu den Systemen von Bildung, Wirtschaft und Politik ist, je stärker ihre Diskriminierung im alltäglichen Umgang, im Wohnquartier, auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten, je leichter der Zugang zu Massenmedien des Herkunftslandes und je größer die Gruppe. Wenn all das zusammen kommt, dann droht ein Rückzug in eine enge und rigide festgehaltene Welt der Herkunftskultur. Am Ende eines solchen Prozesses negativer Wechselwirkungen zwischen gescheiterter Integration und Rückzug stünde dauerhafte Ausgrenzung.

Das ist bisher nur eine Gefahr, nicht Realität. Es gibt in Deutschland – noch – keine Ghettos. In der Forschung gilt ein Quartier dann als ethnisch dominiert, wenn eine Ethnie mindestens 40 Prozent seiner Bewohner ausmacht. Das ist in keiner deutschen Stadt der Fall. Mit Ausnahme des Erwerbs der deutschen Sprache gibt es auch keine empirischen Belege für negative Effekte der räumlichen Konzentration einer Ethnie auf ihre Bildungs-, Einkommens- und Kontaktchancen. Sofern solche Effekte feststellbar sind, sind sie auf sozioökonomische Faktoren zurückzuführen (Farwick 2018). Schicht, nicht Kultur ist entscheidend.

Ethnische Kolonien, sofern sie auf freiwilliger Segregation beruhen, wären demnach zuzulassen. Aber Segregation wird auch erzwungen durch Diskriminierung, durch die städtebauliche Konzentration erschwinglicher Wohnungen an wenigen, meist unattraktiven Standorten und durch ökonomisch vermittelte Zwänge des Wohnungsmarkts. Solche Segregation ist zu bekämpfen. Das lässt sich theoretisch leicht fordern, aber nur schwer praktisch realisieren, denn in der Wirklichkeit überlagern sich kulturelle Differenzen mit sozialen und ökomischen Benachteiligungen und damit auch erzwungene und freiwillige Segregationsprozesse.

Ein erster Schritt wäre eine Umkehr der Wohnungspolitik, die seit 1974 die Überführung der Wohnungsversorgung in den Markt betrieben hat. Notwendig ist der Wiederaufbau eines Segments marktferner Wohnungsversorgung, das nicht konzentriert ist auf wenige Standorte, sondern über das gesamte Stadtgebiet verteilt billigen Wohnraum bereitstellt. Schon das wird viel Geld, viel Zeit und nicht zuletzt viele und schwere kommunalpolitische Auseinandersetzungen kosten.

Literatur:

Farwick, Andreas (2018): Migration und Stadt, in: Norbert Gestring und Jan Wehrheim (Hg.): Urbanität im 21. Jahrhundert, Frankfurt/New York: Campus, S. 96-112.

Funke, Manuel, Moritz Schularick and Christoph Trebesch (2018): Going to Extremes: Politics After Financial Crises, 1870–2014, Economic History and Monetary Economics and Fluctuations, ISSN 0265-8003; Discussion Paper Series No.10884.

Hüttermann, Jörg (2018): Figurationsprozesse der Einwanderungs-Gesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten, Bielefeld: transcript.

Kronauer, Martin (2018): Stadt und soziale Frage – eine Problemskizze, in: Norbert Gestring und Jan Wehrheim (Hg.): Urbanität im 21. Jahrhundert, Frankfurt/New York: Campus, S.149-174.

Läpple, Dieter (2018): Die „soziale Stadt" – hat sie eine Zukunft? In: Norbert Gestring und Jan Wehrheim (Hg.): Urbanität im 21. Jahrhundert, Frankfurt/New York: Campus, S. 175-195.

Schneider, Jens (2017): Wie geht Einwanderungsland? Deutschsein und Superdiversität in der mehrheitlich Minderheiten Gesellschaft, in: Kulturpolitische Mitteilungen 158, 3/2017, S.58-61.

Siebel, Walter (2016): Die Kultur der Stadt, Berlin: edition suhrkamp, 2. Aufl.

Wilkinson, Richard und Kate Pickett (2009): Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin: Tolkemitt, nur über Zweitausendeins Versand

Wippermann, Carsten und Berthold Bodo Flaig (2009): Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APUZ 5/2009 hier zitiert nach https://www.bpb.de/apuz/32220/lebenswelten-von-migrantinnen-und-migranten? Ohne Seitenangaben.

Gesprächsrunde

Neue Vielfalt: Zwischen Pragmatismus, Überforderung und Zukunftschance

Frauke Burgdorff im Gespräch mit (v.l.n.r.)
Richard Arnold, Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, Dr. Bettina Reimann, Deutsches Institut für Urbanistik, Jochen Köhnke, Leiter Ressort Kultur, Migration und Teilhabe der Stadt Iserlohn, Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

Frauke Burgdorff: Wir können beobachten, dass das Thema Zuwanderung, insbesondere in Zeiten einer großen Grundirritation durch Politik und Finanzkrise, besonderen Sprengstoff beinhaltet. Und das, obwohl wir eigentlich in einer wohlhabenden Situation leben. Werden diese Friktionen in einer wohlhabenden Kommune wie Schwäbisch Gmünd wahrgenommen? Oder gibt es da einen Widerspruch zur Wahrnehmung?

Richard Arnold: Diese Friktionen werden auch in Schwäbisch Gmünd wahrgenommen. In der Stadt gibt es einen Migrationsanteil von 38 Prozent. In ihr leben 140 Nationalitäten.

Der sich integrierende Fremde rückt einem näher. Dies geschieht entweder durch ein Gefühl der Bedrohung, dem oftmals mit einer Abwehrreaktion begegnet wird, oder man versucht es zu einem positiven gemeinsamen Erlebnis zu machen. Dazu muss man Orte und Foren der Begegnung schaffen, in denen eine Zugehörigkeit zur Gesellschaft wahrgenommen werden kann. In denen auch wahrgenommen wird, dass die Einheimischen und Fremden zusammengehören. Ein Rathaus ist nicht nur eine Managementzentrale, sondern eher ein Kümmerer und Ratgeber. Dahingehend wandelt sich die Rolle der Verwaltung in den Städten und Kommunen. Als Bürgermeister ist man oft in der Rolle, die Bürger zu motivieren, ihre Anliegen selbst in die Hand zu nehmen. Man sollte die Situation stärker positiv betonen.

Frauke Burgdorff: Kommen in diese Foren auch Leute, die sich von dem Näherrücken bedroht fühlen? Wen braucht man als Partner um auch diejenigen zu erreichen, die ängstlich sind oder klagen?

Richard Arnold: Man kann nur werbend auftreten, man kann es nicht auferlegen. In Schwäbisch Gmünd wurde das Stadtjubiläum genutzt, um ein Forum zu schaffen. Jeder konnte sich einbringen und dadurch ist man sich begegnet. Auch Zugewanderte haben sich beteiligt. Geflüchtete bringen Talente und Fähigkeiten mit und sollten somit auch zur Stadtgesellschaft beitragen. Sie sind in der Stadt, also gehören sie zur Stadtgemeinschaft dazu. Der Prozess und die Veranstaltung wurden sehr positiv wahrgenommen.

Frauke Burgdorff: Ist es so, dass wir uns in einem Veränderungsprozess befinden, in dem der Wohlstand nicht mehr ausreichend ist, um den Zusammenhalt zu fundamentieren, weil sich die Menschen an die Ränder der Gesellschaft gedrängt fühlen? Sind diese Ängste in den Kommunen zu beobachten?

Jochen Köhnke: Die Städte sind sehr unterschiedlich strukturiert und aufgestellt. In einigen sind diese gesellschaftlichen Ränder stark ausgeprägt, in anderen weniger.

Die Kommunen beschäftigen sich nicht erst seit 2015 mit dem Thema Migration. Bereits Mitte der 1990er Jahre sind 500.000 Menschen zugewandert und in den Kommunen untergebracht worden. Das Problem der segregierten Gebiete, die als Gebiete der Unterschicht wahrgenommen werden und die als Sozialraum in dem man lebt, das soziale Verhalten beeinflussen, hat die Stadt Münster dazu bewegt, einen anderen Weg zu gehen. In Münster wurden Geflüchtete nur in Gebieten der Mittel- und Oberschicht untergebracht. Auch dagegen gab es Proteste, die ausgehalten werden müssen. Am Ende erwies sich diese Herangehensweise jedoch als durchaus erfolgreich. In eigenen Untersuchungen zum Thema Segregation wurde ein Modell entwickelt, in denen die Menschen gefragt wurden, wo sie wohnen wollen. Im Ergebnis der Befragung wollten die Zugewanderten eher dahin, wo bereits Menschen mit Migrationsgeschichte lebten. Nach einer anschließenden Beratung entschieden sich jedoch 90 Prozent nicht dafür dort hinzuziehen, wo bereits Menschen der eigenen Community leben. Im Ergebnis hat das Projekt gezeigt, dass diejenigen, die nicht in segregierten Gebieten untergekommen sind, nach drei Jahren doppelt so viel Einkommen hatten, doppelt so häufig in Arbeit waren und doppelt so häufig kein deviantes Verhalten

aufwiesen. Insofern ist es eine hochsensible Thematik. Die Förderung von sozialem Wohnungsbau sollte demzufolge über den gesamten städtischen Raum betrieben werden.

Frauke Burgdorff: Die Kommunen mussten sich in der Vergangenheit häufiger mit Zuwanderungsbewegungen auseinandersetzen. Was hat sich in den kommunalen Strukturen zum Positiven verändert? Hat es im Bereich Wohnungsbau strukturelle Veränderungen gegeben? Oder verfallen wir wieder in einen Notzustand, wenn die nächste Flüchtlingswelle kommt? Gibt es bereits strukturelle Veränderungen, auf die aufgesattelt werden kann?

Richard Arnold: Es ist allgemein bekannt, dass durch die Ereignisse in den Jahren 2014, 2015 und 2016 das Thema Wohnungsbau viel stärker in den Fokus gerückt ist. Man hätte es aber vorher bereits angehen müssen. Es sollten Anreize für dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden und somit die Durchmischung der Quartiere vorangetrieben werden.

Frauke Burgdorff: Wie wird der Ansatz einer dezentralen Unterbringung praktisch umgesetzt? Gibt es beispielsweise Festsetzungen in Bebauungsplänen?

Richard Arnold: Die Stadt Schwäbisch Gmünd fährt hierbei zwei Strategien. Zum einen gibt es noch sehr viel Wohnraum in der Stadt, der nutzbar gemacht werden kann. Daher wurde eine Wohnraumoffensive gestartet, in der aufgerufen wurde, ungenutzten Wohnraum zu melden. Im nächsten Schritt hat die Stadt Unterstützung angeboten, den Vermietern potenzielle Mieter vorzuschlagen oder auch eine Instandsetzung mitzufinanzieren, wenn die Stadt mitbestimmen konnte, wer in den wiedernutzbargemachten Wohnraum ziehen darf. In einem Jahr konnten im Zuge dessen 140 freie Wohnungen aktiviert werden. Zum anderen haben städtische Wohnungsbaugesellschaften eine Schlüsselrolle bei der dezentralen Versorgung von Geflüchteten. Städtische Wohnungsbaugesellschaften müssen sich zunehmend engagieren, dass es in ihren Beständen, die teilweise an einem Ort konzentriert sind, eine größere soziale Mischung gibt.

Frauke Burgdorff: Was haben die Kommunen aus den letzten Jahren gelernt? Welche Strukturen wurden aufgebaut und sind die Kommunen für eine mögliche künftige Zuwanderung gewappnet?

Jochen Köhnke: Viele Dinge spielen ineinander. Die Stadt Münster hat beschlossen, die Durchmischung durch einen politischen Beschluss voranzutreiben. Gemäß Ratsbeschluss über eine sozialgerechte Bodennutzung in Münster (SoBoMü) werden Investoren im Bereich des Wohnungsbaus dazu verpflichtet, mindestens 30 Prozent sozialen bzw. preisgedämpften Wohnungsbau am gleichen Standort zu realisieren. Das bedeutet, dass nun auch in exklusiven Lagen preiswerte Wohnungen gebaut werden. Dennoch gibt es Strukturen, die weiterentwickelt und ausdifferenziert werden müssen. Allerdings sind solche Baulandmodelle ein wichtiger Ansatz, der nicht nur von Münster verfolgt wird. Besonders für kreisfreie größere und attraktive Kommunen ist das ein interessantes Modell.

Städtische Wohnungsbaugesellschaften haben in der Zwischenzeit sehr wohl die städtischen Aufgaben erkannt. In Iserlohn bauen die städtischen Gesellschaften nicht nur Wohnraum, sondern kaufen auch Bestände an, um neuen zu entwickeln.

Des Weiteren ist es wichtig, proaktiv gegen Gentrifizierung vorzugehen. Auch dafür werden städtische Wohnungsbaugesellschaften benötigt.

In der Vergangenheit wurden bereits einige Netzwerke und Strukturen aufgebaut, um mit den Herausforderungen der Zuwanderung umzugehen. Diese sollten weiterentwickelt und gestärkt werden. Es ist wichtig, wieder verstärkt ein Augenmerk auf ehrenamtliche Organisationen zu legen. Teilweise stellte sich in diesem Bereich eine gewisse Frustration ein. Der Bereich der ehrenamtlichen Arbeit hat eine große Bedeutung und sollte von den Kommunen stärker unterstützt werden.

Fraglos ist es, dass das Thema Zuwanderung auch in der Zukunft auf uns zukommen wird. Es müsste eine Aufgabe für die Kommunen sein, sich dafür zu wappnen wie sie es beispielsweise im Brandschutz tun.

Frauke Burgdorff: Es wird nicht mehr nur reaktiv gehandelt. Es gibt Strukturen und Ansätze im Umgang mit Zugewanderten. Manchmal macht es den Anschein, als ob vieles schon geschafft ist. Verlieren die Kommunen dann manchmal die Weitsicht? Oder gibt es Ansätze, dass beispielsweise ehrenamtliche Strukturen auch langfristig bestehen? Lassen wir gerade wieder nach und stehen dann in einigen Jahren vor den gleichen Herausforderungen?

Bettina Reimann: Es wird in den Kommunen eine gewisse Ambivalenz beobachtet. Eine aktuelle Untersuchung in Klein- und Mittelstädten hat gezeigt, dass viele Kommunen sehr lösungsorientiert arbeiten. Oftmals schwebte den Kommunen vor, dass sich das Thema Zuwanderung lösen lasse und die Aufgabe Integration irgendwann abgeschlossen ist. In den Großstädten wird das gegenteilig eher als langfristiger Prozess wahrgenommen. Diese lösungsorientierte Arbeitsweise ist einerseits etwas Gutes, andererseits ist die dauerhafte Herangehensweise in kleineren Kommunen oft nicht selbstverständlich. Man sollte beide Herangehensweisen verbinden und voneinander lernen.

Frauke Burgdorff: Bedarf es eines strukturellen Wandels? Und wenn ja, muss dieser Schritt noch vollzogen werden?

Bettina Reimann: Der Schritt muss sicherlich noch vollzogen werden. Es ist wichtig, die Integration mit der Stadtentwicklung zusammenzudenken. Es ist nicht nur ein soziales Thema. Und es muss stärker mit den Menschen gesprochen werden, statt nur über sie zu sprechen.

Richard Arnold: Das Thema Ehrenamt gab es bereits vor der Debatte um Zuwanderung in vielfältiger Weise. Resignation trat oftmals dann ein, wenn die Geflüchteten, für die sich die Ehrenamtlichen engagiert haben, am Ende doch abgeschoben werden. Um das zu vermeiden, müssen politische Rahmenbedingungen geändert werden. Es wurde bei Bund und Land dafür geworben, hier eine neue Perspektive zu denken.

Jochen Köhnke: Die Ausländerbehörde befasst sich zum einen mit dem Thema Integration, aber ebenso mit den aufenthaltsbeendenden Maßnahmen. Bei Anträgen auf Asyl wird zum Teil sehr widersprüchlich und kaum verständlich entschieden.

Migration hat Deutschland bisher immer gut getan. Daher steht Deutschland heute auch als eine der wirtschaftlich stärksten Nationen dar.

Die Diskussion um fehlende Facharbeiter wurde schon vor einigen Jahren geführt. Damals hat man die Schulung und Ausbildung von Zuwanderern nicht als Option gesehen. Heute muss das nachgeholt werden. Nach längerer Zeit der Arbeitslosigkeit oder einer fehlenden Arbeitserlaubnis wird die Eingliederung in den Arbeitsmarkt umso schwieriger. Es sollte in der Politik überlegt werden, ob die Themen Flucht und Arbeitsmigration wirklich getrennt voneinander betrachtet werden sollen.

Frauke Burgdorff: Die Zuständigkeiten für Zuwanderung und Integration liegen zum Teil beim Bund, zum Teil bei den Ländern oder auch bei den Kommunen. Letztere sind für die Integration derjenigen in der Pflicht, die vor Ort ankommen. Aber sie haben nicht die Kompetenz zu entscheiden, wer bleibt. Das bedeutet, dass Lasten, Pflichten und Nutzen nicht gerecht verteilt sind. Wie soll man damit umgehen?

Walter Siebel: Kommunen müssen rechtlich und finanziell in die Lage versetzt werden, das, was am besten auf ihrem Gebiet zu leisten ist, auch leisten zu können. Das ist momentan nicht der Fall. Teilweise ist die Ausländerbehörde zum Beispiel nicht der Kommune zugeordnet.
Es gibt drei Orte, an denen Integration stattfindet: der Betrieb, die Schule und das Wohnquartier. Ein Zusammentreffen im Rahmen der Arbeit oder im Bereich Bildung findet innerhalb eines organisatorischen Rahmens und zu vergleichsweise neutralen Anlässen statt. Im Wohnquartier ist beides nicht gegeben. Im Wohnquartier gibt es keinen organisatorischen Rahmen für die Begegnung von einander Fremden und die möglichen Anlässe sind eher privater Natur. Kontakte unter Nachbarn sind deshalb hoch ambivalent: sie schwanken zwischen freundlich, höflich distanziert bis hoch konflikthaft. Soll das Wohnquartier als Ort der Integration funktionieren, ist es wichtig, neutrale Anlässe und einen organisatorischen Rahmen für Begegnungen zu schaffen.

Die höchste Segregation findet man in der Oberschicht. Wenn aber Segregation besonders ausgebildet ist bei den Haushalten, die alle Optionen auf dem Wohnungsmarkt haben, so muss es gute Gründe für freiwillige Segregation geben. Man lebt in einer Nachbarschaft von Seinesgleichen konfliktfreier, auch lassen sich dann soziale Hilfsnetze leichter aufbauen. Segregation an sich ist kein Problem, entscheidend ist die Art und Weise ihres Zustandekommens. Freiwillige Segregation ist nicht das Problem sondern die erzwungene Segregation und erzwungene Desegregation ist genauso schlimm. Ideal wäre, wenn es gelänge für alle, über das gesamte Stadtgebiet verteilt erschwinglichen Wohnraum bereitzustellen, dann gäbe es vielleicht nicht weniger Segregation, aber sie wäre freiwillig.

Es sollten verstärkt gut integrierte Zuwanderer als ehrenamtliche „Lotsen“ für Zugewanderte mobilisiert werden.
Integration braucht Zeit, bis zu drei Generationen. Integration ist eine Daueraufgabe, sie braucht auf Dauer gestellte Institutionen. Und sie ist ein konfliktreicher Prozess. Konflikte müssen, bevor sie eskalieren, wahrgenommen und gelöst werden. Dafür braucht es gute Monitoringsysteme und Moderationsverfahren.

Bettina Reimann: Es braucht weiterhin einen Rahmen an Projekten in denen ein intensiver Austausch auf Ebene der kommunalen Praxis stattfindet. In vielen Forschungsprojekten zeigte sich ein großer Bedarf an einem Reflexionsraum für diese Themen. Dafür bieten oft auch Forschungsprojekte die Gelegenheit.

Zu- und Abwanderung findet nicht nur im Zuge der Fluchtzuwanderung statt. Viele Kommunen sind zum Beispiel von Abwanderung betroffen. Das bedeutet, dass innerhalb der Stadtgesellschaft Bewegung ist und das Thema Integration auf vielen Ebenen diskutiert werden

muss und es nicht nur eine Frage im Kontext der Flüchtlingsdebatte ist.

Stimme aus dem Publikum: Gari Pavkovic, Stadt Stuttgart: Parallelgesellschaften und Segregation gibt es in allen Schichten. Solange diese auf Freiwilligkeit beruhen, sollte man ihnen nicht im Weg stehen.

Frauke Burgdorff, Gari Pavkovic

Stimme aus dem Publikum: Jakob Ruster, Netzwerk Integration Bayern in München: Die Themen Teilhabe und Demokratiedefizit müssen bei der Integration mitgedacht werden. Viele zugewanderte Mitbürger sind vom Willensbildungsprozess ausgeschlossen. Daran muss gearbeitet werden. Ehrenamtliches Engagement von Migranteninitiativen muss unterstützt werden.

Viele Integrationsbeauftrage haben lediglich befristete Arbeitsverträge für geförderte Projektstellen. Es gibt keine langfristigen Planungen und Projekte, worunter oftmals der nachhaltige Erfolg der Arbeit leidet. Insbesondere im ländlichen Raum bedarf es der Verstetigung der Integrationsaufgabe durch geänderte rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung.

Frauke Burgdorff: Was muss mittelfristig auf den Weg gebracht werden, damit wir für eine dauerhafte Integrationsarbeit gerüstet sind?

Richard Arnold: Es bedarf der Schaffung von Orten an denen die persönliche Begegnung ermöglicht wird. Und man muss Anreize schaffen, dass sich die Menschen einbringen. In Schwäbisch Gmünd wurde von Seiten der Stadt Unterstützung bei der Suche einer Wohnung oder Arbeitsstelle zugesagt, wenn sich die Geflüchteten ehrenamtlich engagieren. Das soll weniger eine Belohnung, sondern eher ein Anreiz sein.

Integration hat immer zwei Adressen, die Zugewanderten und die bereits vor Ort Lebenden. Gemeinsam mit der Bevölkerung wird derzeit in Schwäbisch Gmünd eine sogenannte Charta der Gemeinsamkeit erarbeitet. An deren Ende sollen 10 bis 15 prinzipielle Dinge formuliert werden, auf die es der Stadtgesellschaft im Zusammenleben ankommt. Außerdem muss verstärkt von den Unternehmen ein Beitrag zur Integration und zur Förderung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts eingefordert werden.

Bettina Reimann: Es braucht ein integriertes Vorgehen bei den politischen Strategien und in der Umsetzung. Stadtentwicklung, Wohnen, Bildung und Soziales müssen zusammengedacht werden. Fördertöpfe müssen integrative Ansätze unterstützen. Darauf aufbauend müssen Strukturen, Strategien und Konzepte entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Und es muss anerkannt werden, dass vieles ein Lernprozess ist und viele Dinge nicht einseitig adressiert werden können. Es erfordert auch einen Blick darauf, dass vieles nicht selbstverständlich ist und in vielen Bereichen gearbeitet werden muss. Wie beispielsweise die interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

Außerdem müssen langfristige Stellen für Integrationsbeauftragte geschaffen werden. Jedoch darf man nicht vergessen, dass es mit einem Verantwortlichen für das Thema allein nicht getan ist. Es muss weiter interdisziplinär und ressortübergreifend an der Thematik gearbeitet werden.

Jochen Köhnke: Wenn in den Kommunen das gesellschaftliche Zusammenleben organisiert werden soll, dann sollte Integration als eine Pflichtaufgabe anerkannt und so betrachtet werden. Zur Umsetzung bedarf es der Förderung durch Bund und Länder. Denn Kommunen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, eigene Projekte zu starten, haben große Schwierigkeiten diese Aufgabe wahrzunehmen.

In den Kommunen sollte ein jährliches Monitoring durchgeführt werden, um zu erkennen, wie erfolgreich die Integrationsprojekte laufen. Dazu muss ein Set von Indikatoren zusammengestellt werden, um beispielsweise zu erheben, wie sich die Wahlbeteiligung bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Laufe der Jahre verändert.
Und es muss ins Bewusstsein rücken, dass Ehrenamt nicht ohne Hauptamt funktioniert.

Jochen Köhnke, Prof. Dr. Walter Siebel, Richard Arnold

Walter Siebel: Der Betrieb ist der wichtigste Ort der Integration. Es ist wichtig, dass Zugewanderte Zugang zu

ihnen bekommen und sich damit als ökonomisch unabhängige und vollwertige Mitglieder der Gesellschaft entwickeln können. Schulen sind ebenso wichtig. Derzeit gibt es Tendenzen, dass Kinder der Mittelschicht aus Schulen genommen werden, wenn der Anteil an Mitschülern mit migrantischem Hintergrund vermeintlich zu hoch wird. Dieser Trend muss gestoppt werden und zwar indem man diese Schulen noch besser ausstattet als die anderen. Nur so werden negative Selektionsprozesse vermieden werden können.

Außerdem bedarf es einer wohnungspolitischen Reform. Integration ist ein konfliktreicher Prozess. Und diese Konflikte müssen durch gute Moderationsverfahren geregelt werden.

Dialogforen
Was trägt zum sozialen Zusammenhalt in den Städten bei?

Dialogforum 1
Kommunale Strategien gegen Wohnungsnot – neue soziale Wohnmodelle

Moderation: Ricarda Pätzold, Difu
Impuls: Mario Hilgenfeld, BBU, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

Im Rahmen des Dialogforums diskutierten etwa zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a. folgende Fragen:

- Welche Bedeutung hat das Wohnen für Zuwanderung und Integration?
- Wie offen sind die kommunalen Wohnungsmärkte und was können/müssen die Kommunen für die Versorgung von neu Zugewanderten leisten? Welches sind die Hauptprobleme und was gelingt?
- Welche Wohnquartiere brauchen wir, damit eine integrative Wirkung des Wohnens möglich ist? Welche Nachbarschaften sind offen für Zuwanderung? Was können Wohnungsunternehmen zum Gelingen beitragen?

In seinem Impulsvortrag „Zuwanderung und Integration im Wohnungsmarkt Berlin“ skizziert Mario Hilgenfeld Struktur, Herausforderungen und aktuelle Entwicklungen am Berliner Wohnungsmarkt: Die Mitglieder des BBU sind städtische, genossenschaftliche und privatwirtschaftlich organisierte Wohnungsunternehmen, auf die zusammen ein Anteil von 42 Prozent des Berliner Mietwohnungsmarktes entfällt. Berlin muss mit besonderen Herausforderungen umgehen, wie die Zahlen der bisherigen und noch erwarteten Zuwanderung zeigen. Zugleich betont Hilgenfeld, dass sich parallel eine positive wirtschaftliche Entwicklung abzeichnet, was den Umgang mit den Herausforderungen etwas erleichtert. Unterdessen verringert sich das Angebot an bezahlbaren Wohnungen durch den steilen Anstieg der Boden- und Mietpreise, was aber die Zuwanderung bisher nicht bremst.

In der stadträumlichen Betrachtung wird deutlich, dass der Zuzug sich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Neben einer generellen Tendenz in die als attraktiv erachtete Innenstadt zu ziehen, finden besonders viele Zugewanderte neuen Wohnraum in den peripher gelegenen Großsiedlungen im Norden und Westen der Stadt, die sich zu einem vergleichsweise großen Anteil in kommunaler Hand befinden. Hilgenfeld konstatiert, dass die Gründe für die Migrationsentscheidung der Zugezogenen sehr unterschiedlich sind. Er stellt heraus, dass das Wissen um die tatsächlichen Wohnverhältnisse keinen Einfluss auf die Wanderungsentscheidung hat. Das erklärt, dass Zugewanderte nach ihrer Ankunft vergleichsweise unerwartet vor den Problemen eines angespannten Wohnungsmarktes stehen und einen geeigneten Umgang damit finden müssen.

Eine sozial-integrative Wohnraumversorgung für alle Einwohnerinnen und Einwohner sollte unter anderem folgende Punkte umfassen:

- Schaffung eines rechtlichen Schutzrahmens, der Bürgerinnen und Bürger mit sozialem Bedarf stärker berücksichtigt. Statt über eine Bevorzugung von Geflüchteten bei der Versorgung mit sozialem Wohnraum zu sprechen, könnte dies auch als Nachteilsausgleich für diese Zielgruppe interpretiert werden.
- Neubau, wobei guter Städtebau und ansprechende Architektur zur Erreichung des Ziels beitragen, wie beispielweise durch Nutzungsmischung, Schaffung von

qualitativ hochwertigen Freiräumen als Kommunikationsorte, Ausbau der Infrastruktur und ebenfalls durch Aspekte der „Schönheit“ oder Sicherheit, die zum Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner beitragen.
- Schließlich nennt Hilgenfeld soziale und quartiersbezogene Aspekte, die bei der Integration Neuzugezogener unterstützend wirken können. Beispielhaft werden Bürgerhaushalte genannt, die auf bezirklicher Ebene bürgerschaftliches Engagement befördern. Als weiteres aktuelles Beispiel nennt er die zahlreichen ehrenamtlichen und sozialen Netzwerke, die explizit einem quartiersbezogenen Ansatz der Nachbarschaftsvernetzung folgen.

Die anschließende Diskussion beginnt mit der Frage, inwieweit der Wohnungsmarkt überhaupt für die Integration zuständig ist bzw. sein kann? Wohnen gehört sicherlich zu den Voraussetzungen für eine gelingende Integration, Arbeit und Bildung sind jedoch deutlich größere Integrationsfelder. Die Wohnungsversorgung gehört auch zur kommunalen Daseinsvorsorge nach Art. 20 Grundgesetz. Kritisch wird gesehen, dass die Identifikation mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften als Vermieterinnen stark abgenommen hat und ein „nebeneinander Wohnen“ die Regel scheint. Ist das möglicherweise die zeitgemäß gewünschte Wohnform?

Rolle der Genossenschaften bei der Integration in die Stadtgesellschaft

Einzig die Wohnungsbaugenossenschaften würden mit einem Obmann-Modell diesen Vereinzelungsprozessen entgegentreten. Die Genossenschaften sind zwar geschlossene Gemeinschaften, doch wenn der Eintritt erst geschafft ist, dann kann gelungene Integration erfolgen. Genossenschaften stehen jedoch wie viele andere gemeinnützige Akteure ebenfalls vor dem Problem der steigenden Bodenpreise und können sich Neubau kaum mehr leisten. Damit ist dem Anstieg dieses sozial agierenden Marktsegments derzeit Grenzen gesetzt.

Vergabepraxis bei den kommunalen Wohnungsunternehmen

Etwa 30 Prozent der neueinziehenden Mieter bei kommunalen Wohnungsunternehmen seien Personen mit einem dringenden Wohnungsbedarf (z.B. Geflüchtete oder Wohnungslose), die auf Basis von Vorgaben durch das Land Berlin bei der Wohnraumversorgung bevorzugt werden. Der Frage der Mieterauswahl und die Mieterbetreuung ist eine wichtige Stellschraube bei der Schaffung einer sozial-integrativen Wohnraumversorgung durch die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen. Die Entwicklung vielfältiger Wohnformen gehört auch dazu.
An dieser Stelle berichtet Hilgenfeld auch von der neuen Möglichkeit des Wohnungstauschs, der von den sechs landeseigenen Berliner Wohnungsunternehmen seit kurzem angeboten wird, um dem Phänomen des Lock-in-Effekts zu begegnen. Leider seien die Fallzahlen sehr gering, doch zeichne sich bereits ab, dass die meisten Haushalte sich eher vergrößern wollen. Anfangs stieß das Projekt dabei auch auf kritische Stimmen, so fürchteten viele Mieterinnen und Mieter die Verdrängung aus ihren Wohnungen und standen der Idee skeptisch gegenüber.

Bedeutung des Wohnberechtigungsscheins

Die Bedeutung des Wohnberechtigungsscheins sei zuletzt immer weiter gesunken, steige jedoch seit kurzem wieder. Die Wohnungsnot führt mittlerweile dazu, dass große Wohnungen bevorzugt an große Familien vermietet werden, die aus den Notunterkünften auf den regulären Wohnungsmarkt wechseln wollen und dabei jeden Preis zu zahlen bereit sind. Aus ihrer Not heraus fechten die Haushaltsmitglieder tendenziell nicht den illegalen und überzogenen Mietzins an, womit extreme Ausreißer aus dem gültigen Mietspiegel zunehmend zur Regel werden.

Rolle von Vermietern mit Migrationshintergrund

Vermieterinnen und Vermieter mit Migrationshintergrund könnten Gatekeeper und Brückenkopf für viele Neuzugewanderte sein und damit hilfreiche Unterstützung bei der Integration leisten. Jedoch werden die Bildung von Wohnungseigentum und der Wohnungsneubau aufgrund der rasant steigenden Bodenpreise in Berlin für diese Personengruppe zunehmend unerschwinglich, so dass sich immer stärker private Immobiliengesellschaften auf dem Markt ausbreiten. Das erschwert die Einführung eines Modells zur Eigentumsförderung, das zudem in der Mieterstadt Berlin auf grundlegende politische Skepsis stößt.

Was macht Quartiere integrativ?

Die Schaffung von Kommunikationsorten und die Herstellung einer qualitätvollen Nutzungsmischung stärken die Integrationsfähigkeit von Quartieren. Insofern ist die Verzahnung von sozialen Angeboten mit bezahlbarem sowie sicherem Wohnangebot erforderlich. Das setzt jedoch das Vorhandensein von Spielräumen und Steuerungsmöglichkeiten von Entwicklungen voraus! Außerdem muss auch ein entsprechendes gesellschaftliches Klima herrschen, damit der Wunsch nach Inklusion vor Ort überhaupt gedeihen kann. Als illustrierendes Beispiel werden Quartiere im suburbanen/ländlichen Raum genannt, in denen Bewohnerinnen und Bewohner sich kategorisch gegen die Errichtung von Notunterkünften oder Wohnungsneubau positionieren. Des Weiteren wird gefordert Quartiersmanagement auch für größere Neubausiedlungen einzusetzen, um eine bessere Mediation zu erreichen. Insgesamt besteht der Eindruck, dass geeignete Formen der Kommunikation essenziell sind, um Zusammenhänge besser begreifbar zu machen und Vermittlungsangebote zu unterbreiten.

Die Ergebnisse der Diskussion werden folgendermaßen zusammengefasst:

- Wohnen/Wohnungsmarkt betrifft alle Einwohnerinnen und Einwohner. Innerhalb der Zugewanderten haben die verschiedenen Gruppen unterschiedliche Probleme bei der Wohnungsversorgung, die nur zum Teil sichtbar bzw. im Fokus sind.
- Die Schaffung von Zugängen in den Wohnungsmarkt (für alle) bedarf einer Verknüpfung von baulichen und sozialen Instrumenten und Maßnahmen.
- Es ist notwendig, das soziale Mietrecht zu stärken. Das beinhaltet v.a. auch die konsequente Anwendung bestehender gesetzlicher Regelungen – nicht nur die Schaffung von neuen Regelungen.
- Wichtig sind Kommunikationsoffensiven auf vielen Ebenen – im Quartier, zwischen den Wohnungsmarktakteuren, mit der Verwaltung, mit der Politik.

Dialogforum 2

Integration und Zusammenleben im Quartier

Moderation: Dr. Thomas Franke/Wolf-Christian Strauss, Difu
Impuls: Dr. Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung

Im Rahmen des Dialogforums diskutierten rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a. die folgenden Fragen:

- Warum ist das Quartier die zentrale sozial-räumliche Ebene für Integration und Zusammenleben in einer Stadt?
- Was passiert im Quartier in puncto Integration und Zusammenleben (Akteure, Prozesse)?
- Welche Rahmenbedingungen/Unterstützungen benötigen Quartiere mit Blick auf Integration/Zusammenleben, was können/sollten Politik und Verwaltung tun?

In seinem Impulsvortrag stellte Dr. Kai Unzicker von der Bertelsmann Stiftung zunächst die besondere Bedeutung der Quartiersebene als Ort des Zugangs und der Ansprache heraus: Man gewinne dort am einfachsten Zugang zu den Menschen, wo sie ihren Aufenthaltsort und räumlichen Lebensradius haben.

Mit den übergeordneten Fragestellungen des Dialogforums gehen Herrn Unzicker zufolge eine Reihe erklärungsbedürftiger Begriffe einher:

- Eine der zentralen Fragen lautet für ihn, was unter „Integration“ verstanden werden kann oder soll und wo ggf. eine Abgrenzung zu Begriffen wie Assimilation, Inklusion, Multikulturalismus liegt. Um welches Gesellschaftsbild geht es? Was also soll/kann/darf vor Ort eigentlich passieren? Und woran macht man Qualitäten fest, beispielsweise zwischen Konflikt und friedlicher Koexistenz? Und wer bewertet dies wie?
- Auch das Thema „Zusammenleben“ ist aus seiner Sicht ein vielfältiges: Geht es um Alltag „an sich“, geht es um normative Zielsetzungen (von wem)? Was sind Kriterien für ein gutes Zusammenleben, leben und leben lassen vs. miteinander gemeinsam „am Leben“ teilhaben? Geht es um „Alteingesessene“, „Zuwanderer verschiedener Generationen“, „Neuankömmlinge“, …? Wer also sind die Adressaten einer Integrations-Politik?
- Wird die Vor-Ort-Ebene als „Quartier“ verstanden, stellt sich für ihn auch hier die Frage, was darunter zu verstehen ist; weniger ein „Datenraum“ oder ein „Verwaltungsraum“; vielmehr geht es aus seiner Sicht um qualitative Aspekte wie „Heimat“, „Nachbarschaft“, wobei auch diese Begriffe (und ihr normativer Gehalt) geklärt werden müssen.
- In Quartieren, die von Zuwanderung geprägt sind, stellt sich für ihn weiterhin die Frage, was hier die spezifischen Herausforderungen und möglichen Lösungsansätze (aus wessen Sicht) sind. Welche Erfahrungen (vor Ort) liegen dazu wo vor, worauf kann aufgebaut werden?

Viele migrantisch geprägte Quartiere hätten in der Außensicht einen schlechten Ruf. Diese defizitorientierte Wahrnehmung stehe aber im Gegensatz zu den Potenzialen und Chancen dieser Stadtteile, die es deutlicher zu betonen und zu nutzen gelte. Zu den Potenzialen gehörten beispielsweise die Funktion als Ankunftsquartiere mit einfachen sozialen Anknüpfungspunkten, vorhandenen Sprachkompetenzen, oft noch günstigem Wohnraum sowie leichteren Zugängen zum ethnischen Arbeitsmarkt. Umgekehrt böten solche Quartiere einen besseren Zu-

gang für „Integrations“-Maßnahmen. Aber sie dürften als Ankunftsort keine Sackgasse sein und benötigten ein Maß an Durchlässigkeit.

Gleichzeitig sei ein differenzierter Blick erforderlich. Die Unterschiede sowohl zwischen den Städten und Regionen als auch den unterschiedlichen Gruppen von Migranten seien ernst zu nehmen. Zu Letzteren gehörten beispielsweise Arbeitsmigranten (hoch- vs. niedrigqualifizierte), Bildungsmigranten (Studierende), Flüchtlinge oder auch die große Pluralität der Herkunftsländer. Relevant sei auch, wo das Quartier liege: in einer Groß-, Mittel-, Kleinstadt oder in einer dörflichen Struktur, in einer prosperierenden oder eher schrumpfenden Region, in den alten oder neuen Bundesländern, mit oder ohne Erfahrungen mit Migration in der Vergangenheit sowie im Hinblick auf die aktuelle Bevölkerungszusammensetzung.

Betrachte man die Adressaten von Integration, so solle es um alle Menschen im Quartier gehen. Die Zielgröße solle sich daher an der Qualität des Zusammenlebens aller im Quartier orientieren. Es gehe unter anderem darum, Teilhabechancen zu erweitern, die politische Partizipation zu erhöhen und die soziale Lage zu verbessern. Erfolge könnten nur erreicht werden, wenn Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie Zivilgesellschaft kooperierten und gemeinsam handelten, was (leider) oft genug schwerfalle. Alle Akteure mit ins Boot zu holen – erfolgreiche Kommunen würden genau das erreichen. Gerade die Verwaltung könne durch das eigene Handeln und die „Umstellung“ von ihr getragener Prozesse zur „Ermöglichung“ beitragen (z.B. durch interkulturelle Öffnung, Bürgerbeteiligung). Aber auch in Feldern wie Sprache und Bildung, berufliche Ausbildung und Arbeitsmarktintegration, Jugend- und Sozialarbeit, Kulturförderung, Wohnen und Stadtentwicklung, Förderung der politischen Partizipation, Gesundheitsförderung, Sozial- und Rechtsberatung, Mediation in Nachbarschaftskonflikten sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit könne kommunales Agieren einen großen Beitrag leisten.
Die Erfahrungen des Jahres 2015 hätten gezeigt, welche Potenziale auch in einer Belebung des Gemeinwesens liegen. Damals unter dem Druck einer besonderen Situation, müssten die Kommunen nun weiterhin aktiv Impulse für das Ehrenamt setzen und im Sinne eines kollektiven, lokalen Lernens neue Beteiligungsformate etablieren sowie neue Formen der Kommunikation von Politik und Verwaltung einüben.

Chancen für eine gelingende Integration lägen auch darin, so Herr Unzicker, sogenannte produktive Orte zu nutzen. Es gehe darum „Beton“ und „Menschen“ zusammenzubringen. Dazu zählten beispielsweise der oftmals eher wenig genutzte öffentliche Raum, in dem Aufenthalt und Austausch ermöglicht werden könnten, aber auch physische Orte wie beispielsweise Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Begegnungszentren, Museen oder Bibliotheken. Für beide Typen von Begegnungsorten sei ein gewisse „Eigenständigkeit“ (oder auch „Eigenlogik“ der Orte) wichtig: Sei der Ort zum Beispiel an eine Schule angedockt, dann solle er explizit nicht nur für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern zur Verfügung stehen. Zudem brauche es eine bauliche „Öffnung“, die Gewährleistung der Zugänglichkeit oder eine im Namen erkennbare Eigenständigkeit.

Laut Herrn Unzicker geht es nicht in erster Linie um Integration, sondern vielmehr um Quartiersentwicklung im weiteren Sinne. Er schließt daher mit der Feststellung, dass es aus kommunaler Sicht nicht mehr nur um die soziale Integration einer einzelnen Bevölkerungsgruppe gehe, sondern um die Zukunftschancen der gesamten Kommune.

In der nachfolgenden Diskussion wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Erfahrungen, Thesen und Stichworte eingebracht, die unter anderem die folgenden Aspekte betrafen:

Quartier als Ebene

- Wichtiger Fokus: Kleinräumlichkeit (Quartier); hier sollten alle relevanten Akteure (Wohnungsunternehmen, Kirchen usw.) zusammenarbeiten.
- Unter Umständen liege die „richtige“ Ebene deutlich unter der Quartiersebene, noch deutlich kleinräumiger im erweiterten Umfeld von „Alltagsorten“ oder auch auf Ebene eines einzelnen Hauses.
- In kleineren und sehr kleinen Gemeinden könne die Ebene des Quartiers teils durch physisch-räumliche Bedingungen abgegrenzt sein, teils aber auch durch mentale Grenzen.

Akteure und Rollen

- Von besonderer Bedeutung seien gerade in diesen kleinen Kommunen Personen, die entsprechende Rollen übernähmen und/oder Haltung zeigten.
- Wohnungsbaugesellschaften seien wichtige Akteure im Quartier und könnten viel zur Verbesserung des Zusammenlebens beitragen (Beispiele: Nachrichtenschilder „Wir sind neu eingezogen“ und Vorstellung der Neu-

bürgerinnen und Neubürger, Wiedereinführung von Hauswarten zwischen Ansprechbarkeit auf kurzem Wege, Behebung von Problemen und sozialer Kontrollfunktion).
- Aus kleineren Gemeinden wurden Beispiele berichtet, in denen städtische Mitarbeitende (aus der Stadtspitze) neu Zugewanderte den anderen Hausbewohnerinnen und -bewohnern vorstellen (Stichworte: Verantwortung, „ownership“, Rolle, Haltung).

Gemeinwesenarbeit und Zusammenleben

- Anstelle einer Zielsetzung „Integration in das Quartier“ besser „Quartiersarbeit mit/für alle(n)“.
- Von zentraler Bedeutung sei „Teilhabe“ für alle (im Sinne offener Zugangsmöglichkeiten für alle).
- Manchmal bleibe es eine Herausforderung, den richtigen Zeitpunkt für Quartiersarbeit – das „window of opportunity“ zwischen Stagnation eines Quartiers und beginnender Veränderung (im schlechtesten Fall Gentrifizierung) – zu erwischen.
- Es müsse zwischen Quartierbewohnerinnen bzw. -bewohnern als „verräumlichter“ Teilgesellschaft und „Community“ im Sinne auch netzwerkartiger, „überräumlicher“ sozialer Zusammenschlüsse unterschieden werden: Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, die in einem Raum zusammenleben (müssen), bildeten nicht automatisch eine „Community“ im Sinne von Identifikation, sozialem Zusammenhalt etc.
- Damit hänge zusammen: Der (zugewiesene) Wohnort müsse nicht gleich „Heimat“ sein. Diese könne unter Umständen in einem ganz anderen Stadtteil liegen, in dem Freunde, Verwandte oder ähnliche Gruppen lebten. Und so könne auch der gewünschte Wohnort, an dem man sich integrieren und in dem man sich auf das Gemeinwesen einlassen möchte, vielleicht wechseln.
- Offen bleibe, was diese Betrachtung für die – wünschenswerte – Quartiersarbeit bedeute: Arbeit mit den Menschen erst dann, wenn sie angekommen seien? Oder gehöre Fluktuation einfach dazu?
- Welche Milieus und Gruppen könnten erreicht werden, welche nicht bzw. schlecht? Warum funktionierten manche Ansätze gut und andere nicht? Und warum sei es in anderen Quartieren vielleicht genau umgekehrt? Hinzu kämen mancherorts eine Vielzahl unterschiedlichster Projektträger mit ihren jeweils eigenen Vorhaben, was die Quartiersarbeit nicht vereinfachen würde.
- Integration im Quartier funktioniere über Anlässe, weniger über Angebote.
- Angebote für das Zusammenleben entsprächen nicht in jedem Falle immer den Interessen der Adressatinnen und Adressaten. Wichtig seien auch „sprachlose“ Angebote jenseits von Strukturen: Sport, gemeinsames Tun etc.
- Anlässe könnten über Gemeinwesenarbeit „befördert“ werden. Generell wichtig seien niedrigschwellige Angebote und Anlässe. Ein Beispiel: kulinarische Events könnten Türöffner für Begegnung sein.
- Anlässe könnten in/an Begegnungsorten, die als zentrales Element gesehen werden, entstehen.
- Es gehe darum, wieder weniger „zu managen“ (Stichwort: Quartiersmanagement), sondern wieder mehr mit den Menschen zu arbeiten. Begegnung lasse sich nicht managen, Begegnung könne nur entstehen. Hierfür brauche es Begleitung, aktivierende Interaktion, Zugehen und Personen (= Ressourcen), die dies tun. Überraschend sei, wieviel Interesse an Begegnung oft vor Ort „schlummere“.

Rahmenbedingungen und Ressourcen

- Entsprechende Ressourcen benötigten eine möglichst stabile Finanzierung. Oft seien die Finanzierungsmöglichkeiten jedoch eher kleinteilig, dispers und kurzfristig. Die sei eine Herausforderung in puncto Kontinuität und Verlässlichkeit gegenüber dem Quartier.
- In Quartieren des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt bleibe es eine Herausforderung, neben den rein investiven Mitteln des Programms andere Quellen nicht-investiver Mittel zur Bespielung der baulichen (Infra-)Strukturen zu erschließen.
- Die strukturelle Förderung von Stellen und Einrichtungen wäre für die Quartiere hilfreicher als Projektförderungen („Projektitis“). Eine solche Förderung solle zur Schaffung von Strukturen auffordern, die nachhaltiges Handeln ermöglichen, aber gleichzeitig auf lokaler Ebene Flexibilität erhalten.
- Aber es würden auch (Personal-)Ressourcen jenseits von Strukturförderungsmaßnahmen benötigt (Regelfinanzierung); andernfalls sei vor Ort keine dauerhafte Arbeit möglich.

Aushandlung und Vertrauen

- Insgesamt sollten die „Grenzen des Verhandelbaren“ aufgezeigt werden (zum Beispiel zum Thema Sicherheit).
- Integration (für alle) bedeute auch die Aushandlung von Normen und Regeln samt ihrer Kontrolle bzw. Sanktionierung.
- Vertrauen sei als „Währung“ wichtig. Es entstehe über Kontinuität, Verlässlichkeit, Aushandelbarkeit, Verant-

wortungsübernahme. Und ein gewisses Maß an Zuversicht.

Die Ergebnisse der Diskussion im Dialogforum lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Anlässe sind oft wichtiger als Angebote. So braucht es beispielsweise die Schaffung einer sozialen Infrastruktur im Quartier, wichtiger ist aber deren Bespielung. Gemeinwesenarbeit (GWA) kann solche Anlässe „befördern“. Um dies leisten zu können, benötigt GWA jedoch Ressourcen.
- Statt einer Integration einzelner Zielgruppen in das Quartier geht es vielmehr um eine breit angelegte Quartiersarbeit mit allen bzw. für alle.
- Eine zentrale Anforderung an eine gute Quartiersarbeit ist dabei, „kleinteilig zu denken und genau hinzuschauen“, um Interessen und Bedarfe vor Ort zu identifizieren.
- Integration bedeutet auch die Aushandlung von Normen/Regeln inkl. Grenzen des „Nicht-Verhandelbaren“, um Vertrauen und ein Gefühl von „Sicherheit“ bei allen Beteiligten im Quartier zu schaffen.

Dialogforum 3

Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Identifikation mit Gemeinwesen

Moderation: Andreas Grau, Bertelsmann Stiftung
Impuls: Jochen Köhnke, Leiter Ressort Kultur, Migration und Teilhabe, Stadt Iserlohn

Leitfragen:
1. Was können kommunale Politik und Verwaltung tun, damit sich die Einwohnerinnen und Einwohner stark mit ihrem Gemeinwesen identifizieren?
2. Welche Maßnahmen können Kommunen ergreifen, damit sich insbesondere neu Zugezogene ihrer Stadt zugehörig und mit ihr verbunden fühlen?

Impulsvortrag

In seinem Impulsvortrag stellte Jochen Köhne anfangs seine Arbeit bei der Stadt Iserlohn im Ressort Kultur, Migration und Teilhabe dar, die sich durch eine strukturelle Neuorientierung im Bereich Migration und Teilhabe auszeichnet. Iserlohn sei dabei, ein neues Leitbild zu entwickeln und beschäftige sich zunehmend mit der langfristigen, gebündelten Gestaltung von Migration, Diversität und Teilhabe. Dabei betonte er, dass Integration und Teilhabe nicht nur Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete betreffe, sondern durchaus ein gesamtgesellschaftliches Thema sei, bei dem auch andere Gruppen in den Fokus genommen werden müssten. Angesichts der aufgeregten öffentlichen Debatte über Migration appellierte Köhnke zudem an eine genauere Betrachtung der Fakten: Bis auf das Jahr 2015 seien die Zahlen über die letzten Jahre hinweg mit ca. 1,5 Mio. Zugewanderten und ca. 1,1 Mio. Weggezogenen pro Jahr konstant geblieben. Dennoch seien Fragen der Identifikation mit der Stadt, besonders bei neu Zugewanderten und deren Einbindung ins Stadtgeschehen von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund gab er einige Denkanstöße für die anschließende Diskussion:

- Welche Haltung hat kommunale Politik gegenüber dem Menschen? Dabei hob er vor allem die Akzeptanz sowie den Umgang mit Vielfalt von Menschen in Schlüsselpositionen hervor, die durch Personalauswahl und -entwicklung einen entscheidenden Beitrag leisten könnten.
  Wie wird in den Kommunen mit gemeinwesensfördernder Arbeit der Bürgerinnen und Bürger umgegangen? Wird Ehrenamt genug anerkannt und wertgeschätzt? Wichtig sei dabei nicht eine finanzielle Förderung, sondern die Möglichkeit der Vernetzung, Weiterbildung und Information. Dafür brauche es hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Kommunen, die die kleinteilige Beteiligung aller Menschen vor Ort ermöglichen könnten. Zudem müssten auch Netzwerke und die Kommunikation mit Wirtschaftsunternehmen gefördert werden, dies käme auch den zivilgesellschaftlichen Akteuren zugute.
- Wird genug in die Städteplanung und den Wohnungsbau investiert, um Segregation und dem Auseinanderdriften von Stadtteilen zu begegnen? Bei hoher Segregation werde auch die Integration segregiert. Dabei betonte er mehrfach, dass Zusammenhalt vor allem über Sozialisation funktioniere und Wohnen ein zentraler Faktor dieses Sozialisationsprozesses sei.
- Ist kommunale Politik in der Lage akzeptanzorientiert zu handeln und kann sie Themen der Bürgerinnen und

Bürger aufnehmen? Damit sei auch eine klare Zielformulierung der Stadt mit eingeschlossen, die oftmals nur unzureichend ausgearbeitet sei. Eindeutige formulierte und gut kommunizierte Ziele gäben u.a. neu Zugewanderten Orientierung und seien Voraussetzung für die Identifikation mit der Stadt. Zudem seien eine offen kommunizierte Willkommenskultur und Unterstützung der Ehrenamtsarbeit wichtige Faktoren für den Zusammenhalt und die Identifikation mit der Stadt.

- Wie können Teilhabechancen systematisch gesteigert werden? Dies betreffe nicht nur den Bereich Wohnungsbau, sondern auch andere Aspekte wie bspw. die Bereitstellung angemessener Arbeit oder der Zugang zu Kultur, Bildung und anderen gesellschaftliche Bereichen. Stadtentwicklung müsse mit gesellschaftlichen Themen gepaart werden. Hier wies Jochen Köhnke im Zusammenhang mit neu Zugewanderten zudem darauf hin, dass eine systemerklärende Arbeit wichtig sei, um Menschen zur Nutzung der Angebote zu befähigen. Gerade bei Menschen, die aus anderen Gesellschaften mit anderen Normen und Werten kommen, sei das deutsche System nicht zwangsläufig selbsterklärend und vertraut.
- Zudem rief er dazu auf, Diversität als Chance zu betrachten und ggf. auch ihren monetären Wert auszuweisen, um den Nutzen der Zuwanderung zu verdeutlichen.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Frage nach der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten mit sowie ohne Stimmrechte(n) gestellt und diskutiert. Zwar würden sich Teilhabe und Beteiligung nicht nur auf Wahlen beschränken, allerdings seien Migrantinnen und Migranten in allen Beteiligungsformen unterrepräsentiert, selbst wenn sie formal Zugangsmöglichkeiten hätten. So sei die Beteiligung von EU-Bürgerinnen und Bürgern an Wahlen immer noch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt der Bevölkerung mit deutschem Pass. In vielen Städten gebe es bereits Angebote speziell für Zugewanderte, wie beispielsweise Beiräte oder Vereinsräte, sowie Veranstaltungen für Migrantinnen und Migranten zum Thema politische Teilhabe, wie bspw. in Münster. Allerdings würden viele dieser Möglichkeiten kaum genutzt. Dies deute auf ein Umsetzungsproblem hin und würde zudem die Glaubwürdigkeit der kommunalen Verwaltung und Politik einschränken. In den Kommunen müsse die Beteiligung aller Zugewanderten noch stärker angegangen werden. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Kommunikation der Verwaltung mit ihren Bürgerinnen und Bürgern. Wie im Impulsvortrag von Jochen Köhnke angedeutet, fehle vielfach ein attraktives Stadtmarketing und eigene emotionale Narrative, die Begeisterung für und die Möglichkeiten zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Stadt bieten könnten. Diese könnten in Kommunen sehr unterschiedlich aussehen und beispielsweise Bezüge zur Historie der Stadt einschließen.

Des Weiteren wurde geäußert, dass viele Kommunen mit dem Problem konfrontiert seien, dass sie Zielgruppen durch herkömmliche Kommunikationskanäle nicht mehr oder zunehmend schwieriger erreichen könnten. Zwar wisse man, dass die Bevölkerung vor allem durch soziale Medien und Messenger-Dienste wie WhatsApp zu erreichen sei, allerdings würden diese von der lokalen Politik und Verwaltung kaum oder gar nicht genutzt. Aufgrund dieser Diskrepanz seien neue Innovationen für öffentliche Kommunikationsformate der Kommunen notwendig, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Die Strategie der Stadt Schwäbisch Gmünd wurde als Beispiel herangezogen. Gemeinsame Projekte wie das jährliche Stadtfest oder die Staufersaga böten allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich aktiv am Stadtleben zu beteiligen. Außerdem habe die Stadt mit der „Gmünder Charta der Gemeinsamkeit“ zehn Thesen formuliert, die als Grundpfeiler des Zusammenlebens dienen sollen. Diese würden in Bürgerdialogen und Austauschformaten mit der Stadtgesellschaft diskutiert und ergänzt. Dabei setze die Stadt auf einen Beteiligungsprozess, der niedrigschwellig zugänglich sei. So gab es bspw. einen Aktionsstand auf dem örtlichen Weihnachtsmarkt. Dadurch sollten möglichst viele unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Neben den Themen der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten mit und ohne Stimmrechte(n) und dem Stadtmarketing wurde zudem der Umgang mit Geflüchteten diskutiert. Dabei wurde mehrfach betont, dass es in der Verantwortung von Bund und Ländern liege, der Polarisierung auf beiden Seiten entgegenzuwirken sowie zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen. Zudem dürften Kommunen neben der Förderung eigener Aktionen und Initiativen auch das Engagement der Zivilgesellschaft und vor allem dessen Anerkennung nicht aus den Augen verlieren. Als Beispiel wurde das Konzept des Welcome Centers der Stadt Stuttgart genannt, das allen Neuangekommenen zur Verfügung stehe und sowohl Informations- als auch Beratungsplattform sei. Viele Angebote seien dabei in mehreren Sprachen verfügbar. Zentraler Bestandteil seien zudem Willkommenspaten, die Menschen u.a. bei Behördengängen unterstützten. Auch dies könne

zur Identifikation mit dem System und dem Gemeinwesen beitragen.

Im gesamten Diskussionsverlauf stellte sich immer wieder heraus, dass Teilhabe eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist und nicht allein durch Integration abgedeckt werden kann. Hier sind die Kommunen gefordert, dieser Herausforderung durch eine aktive und aufeinander abgestimmte Integrations-, Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik aktiv zu begegnen.

Dialogforum 4

Vielfalt gestalten – Rolle und Stärkung kommunaler Entscheidungsträger

Moderation: Dr. Bettina Reimann, Difu
Impuls: Dr. Christof Eichert, Schader Stiftung

Im Rahmen des Dialogforums diskutierten etwa 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a. folgende Fragen:

- Was kann und muss auf kommunaler Ebene für die Gestaltung und die Förderung des Zusammenlebens und des sozialen Zusammenhalts bewegt werden?
- Wo liegen hierbei die entscheidenden Handlungsbereiche kommunaler Entscheidungsträger?
- Welche Rolle kommt in diesem Zusammenhang der Verwaltungsspitze/(Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu?

In seinem Impulsvortrag machte Dr. Christof Eichert deutlich, dass sich die Gesellschaft verändert hat. Der Stadtverwaltung in den Rathäusern stehe eine selbstbewusste Bevölkerung gegenüber, die selbstwirksam agieren wolle. Die (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssten eine Rollenveränderung vom Verwaltungs- zum Gestaltungschef vollziehen, um sich dieser Herausforderung zu stellen. Eine Balance sei zu finden, zwischen einer Bevölkerung, die selbstwirksam agieren wolle und einer Verwaltung, die einen Auftrag habe und Gesetze vollziehen müsse. Das lange eingeübte Verwaltungshandeln, das in weiten Teilen auf Fürsorge abstelle, passe nicht mehr zu den veränderten Ansprüchen, die die Bevölkerung stelle. Den Verwaltungsspitzen komme die Aufgabe zu, in den eigenen Strukturen und Arbeitszusammenhängen dafür zu sensibilisieren, dass die Kompetenzen der Zivilgesellschaft nutzbar gemacht werden und in die gemeinschaftliche Gestaltung von Stadt einfließen sollten. Dies sei allerdings eine Kompetenz, die innerhalb der Verwaltungen zunächst eingeübt werden müsse. Die Zuwanderung von Geflüchteten sei ein guter Anlass, das Miteinander-Arbeiten von Verwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft einzuüben.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde einerseits die Relevanz der Haltung der Verwaltungsspitze (OB/BM) herausgestellt, aber andererseits auch die Fähigkeit der gesamten Verwaltung, dies zu leben, betont. Ohne dass die Verwaltung als Ganze die Verantwortung annehme, könnten die Herausforderungen nicht gestemmt werden.

Die in die Diskussion eingebrachten Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrafen vor allem folgende Aspekte:

Zuständigkeitsbereiche/Strukturen/Rollen

- Zwischen Stadt/Gemeinde und Landkreisen gebe es Reibungsverluste.
- Für das zur Diskussion stehende Thema seien die Größe und damit die Leistungsfähigkeit der Stadt bzw. Gemeinde wichtig.
- Als schwierig wird die häufig anzutreffende Befristung oder Ehrenamtlichkeit der Stellen von Integrationsbeauftragten hervorgehoben, vor allem in kleineren Städten. Mit Blick auf die Ressourcen gehe es nicht immer um die Frage des Geldes bzw. um mehr Stellen und Ressourcen. Geprüft werden müssten auch die Möglichkeiten zur Umstrukturierung innerhalb der Verwaltung. Hierfür müssten die eigenen Strukturen auf den Prüfstein gestellt und weiterentwickelt werden.
- Es sei darauf zu achten, dass die Rolle der „Kommune“ nicht nur die Verwaltung, sondern auch den Rat/die Kommunalpolitik umfasse.
- Integration vollziehe sich zwar vor Ort, Kommunen seien in Teilen aber durch Landesgesetze und -zuständigkeiten „fremdbestimmt“.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

- Für eine bessere ressortübergreifende Zusammenarbeit brauche es besondere Formate, wie Lenkungskreise und Runde Tische. Ob Konzepte (z.B. Stadtentwicklungskonzepte, Integrationskonzepte) dies ebenfalls befördern können, wird kontrovers diskutiert.
- Eigene Integrations-Budgets oder Verfügungsfonds (analog Soziale Stadt) werden für die Integrationsarbeit und Aktivierung der Bevölkerung sowie für die ressortübergreifende Zusammenarbeit als förderlich beurteilt.

Bedarfe/Perspektiven

- Immer wieder wird herausgestellt, dass es viele Aktivitäten, Projekte etc. gebe, das Wissen darüber häufig aber fehle. Eine Übersicht oder ein WIKI der Integration könne hier Abhilfe schaffen. Ein entsprechendes Vorhaben sei zu konzipieren. Wichtig sei es, Erfahrungen und Wissen zu sammeln und anderen zugänglich zu machen.
- Von den Kommunen wertgeschätzt werden (Forschungs-)Projekte, die einen kommunalen Erfahrungsaustausch beförderten, und zwar nicht nur zwischen solchen Kommunen, die gemeinhin als Good Practice gelten, sondern auch zwischen Kommunen, die sich ins Themenfeld noch einfinden und eine kommunale Integrationsarbeit noch aufbauen müssen.

Zusammenfassend werden die Erforderlichkeiten und Herausforderungen unter der Überschrift „Vom Ökosystem Rathaus zum Ökosystem Stadt“ wie folgt gefasst:

- Es braucht Haltung – vom Verwalten zum Gestalten.
- Es braucht kontinuierliche Kommunikation – zwischen Verwaltung, verwaltungsexternen Institutionen und selbstbewussten Bürgern.
- Es braucht Zeit – für Erfahrungsaustausch, Experimente und Einüben.
- Es gibt Schmieröl: Integrationsfonds, WIKI Integration, externe Begleitung, Forschung-Praxis-Projekte.

Dialogforum 5

Integrationspotenziale ländlicher Klein- und Mittelstädte?

Moderation: Gudrun Kirchhoff, Difu
Impulse: Johanna Bächle, Stadt Mühlacker, Leiterin Amt für Bildung und Kultur
Stella Khalafyan, Integrationskoordinatorin Landkreis Stendal

In ihrer Anmoderation stellte Gudrun Kirchhoff die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Städte/ Regionen dar, die von den beiden Impulsgeberinnen vertreten werden. So liegt die Stadt Mühlacker mit ihren ca. 26.000 Einwohnern in einer prosperierenden Region im Einzugsgebiet von Karlsruhe in Baden-Württemberg. Aufgrund der industriellen Wirtschaftsstruktur ist der Anteil der zugewanderten Bevölkerung mit 37 Prozent sehr hoch und stark durch die Gastarbeitermigration geprägt. Die größte Herkunftsgruppe stammt aus der Türkei. Mühlacker gilt als wachsende Stadt mit starken Wirtschaftsunternehmen (Metallverarbeitung, Maschinenbau, Automobilzulieferer) und einer sehr geringen Arbeitslosenquote. Trotz der hohen Zuwanderungszahlen steht das Thema Integration erst seit einigen Jahren auf der politischen Agenda.
Der Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt zählt zu den schrumpfenden Regionen, die stark vom Strukturwandel betroffen sind. Die zugewanderte Bevölkerung lebt vor allem in der Kreisstadt Hansestadt Stendal, die mit ihren ca. 40.000 Einwohnern einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von annähernd fünf Prozent aufweist. Zugewanderte sind vor allem Spätaussiedler und Geflüchtete. Landkreis und Stadt Stendal haben schon sehr früh (seit 2000) ein Netzwerk für die Integration von Migrantinnen und Migranten aufgebaut. Seit 2009 liegt die Verantwortung für das Netzwerk allein beim Landkreis

und wird durch eine Integrationskoordinatorin begleitet und koordiniert.

Die zentralen Fragestellungen des Dialogforums sind:

- Was bedeutet Zuwanderung für das soziale Zusammenleben in ländlichen Klein- und Mittelstädten? Welche Erfahrungen sind zentral?
- Was versteht man unter Integration und wie ist sie gestaltet? Wo liegen Potenziale, wo Hindernisse? Was muss verändert werden?
- Welches sind die zentralen Faktoren für Bleibeperspektiven der Zugewanderten? Wie können Bindungen an die ländlichen Klein- und Mittelstädte entstehen?

Johanna Bächle

Johanna Bächle (Stadt Mühlacker) sieht in ihrem Beitrag vor allem den Dialog mit der Stadt über die Veränderung der Stadtgesellschaft als notwendig an. Bei der Bevölkerung müssten das Verständnis und die Akzeptanz wachsen, dass die Entwicklung zu einer mehrheitlich Minderheitengesellschaft unumkehrbar ist. Es müsse sich ein neues „WIR“ entwickeln, welches die Zugewanderten einbezieht. In der Verwaltung beginne langsam ein Umdenken. So werde Integration zunehmend als wichtiges Handlungsfeld betrachtet und als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung etabliert. Ziel sei es, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung voranzutreiben. Dafür bedürfe es vermehrt interkultureller Kompetenz bei den Beteiligten. So habe die VHS Mühlacker interkulturelle Kompetenzseminare angeboten, die sehr stark nachgefragt worden seien. Integration sei ein zweiseitiger und langfristiger Prozess, der Anforderungen sowohl an die Zugewanderten als auch die lang Ansässigen stelle. Die Stadt habe sich auch mit Hilfe des Difu-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ zum Ziel gesetzt, 2019 Integrationsleitlinien zu erarbeiten und darauf aufbauend ein Integrationskonzept zu entwickeln. Dieses Konzept solle Basis für ein übergeordnetes integriertes Stadtentwicklungskonzept werden.

Die Vorteile einer Kleinstadt sieht Frau Bächle in der Übersichtlichkeit der Strukturen und Netzwerke. Man kenne die Akteure und die Bedarfe. Hervorzuheben als Besonderheit des ländlichen Raums sei die Rolle der christlichen Kirchen und der Religionsgemeinschaften als wichtige Impulsgeber.

Als Problem für Mühlacker sieht sie die mangelnde Identifizierung mit der Kernstadt, eine lokale Identität habe sich eher in den Ortsteilen herausgebildet. So fehle der gemeinsame Bezugspunkt der Bewohner. Außerdem habe sich ein fremdenfeindliches Klima entwickelt, was sich bei der letzten Wahl in hohen Zustimmungsraten für die AfD mit 19 Prozent ausgedrückt hat. Als weitere Probleme für Mühlacker benennt sie die schlechte kommunale Finanzausstattung und die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Stadt habe inzwischen eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gegründet, um notwendigen Geschosswohnungsbau zu errichten (bisher stand die Ausweisung von Baugebieten für Einfamilienhäuser im Vordergrund), da die Nachfrage sich dahingehend verändert habe. Als weiteres Problem spricht sie die geringe Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an politischen Entscheidungsprozessen an. Zugewanderte seien im Gemeinderat nicht vertreten. „Man spricht nicht mit den Migranten, sondern über die Migranten.“ Hier sieht sie die Parteien in der Pflicht, in höherem Maße um die zugewanderte Bevölkerung zu werben und diese einzubinden, damit sie auch in der Stadtpolitik repräsentiert sind.

Stella Khalafyan (Landkreis Stendal) hebt in ihrem Beitrag hervor, dass es bei einem Ausländeranteil von 2,9 Prozent im Landkreis Stendal an etablierten Migrantenorganisationen fehle, die eine bessere gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglichen. Positiv sei das klare Bekenntnis des Landkreises zur Integrations- und Netzwerkarbeit. Das Netzwerk für die Integration von Migrantinnen und Migranten bestehe mittlerweile seit 18 Jahren und sei in dieser Form etabliert.

Kritisch merkt sie an, dass Migranten häufig als hilfsbedürftig betrachtet werden und zu wenig als Menschen mit eigenem Standing und Perspektive. Das Prinzip „auf Augenhöhe“ lasse sich schwer durchsetzen. Der ländliche Raum habe nicht so viel Erfahrung mit Vielfalt und fast die Hälfte der Zugewanderten sei erst in den letzten drei Jahren gekommen. Ihre Hauptaufgabe als Integrationskoordinatorin sieht sie daher in der Stärkung vorhandener Strukturen, damit die Migranten eine Stimme bekommen. Da es im Landkreis an Infrastruktur der Daseinsvorsorge fehle, insbesondere im Bereich Mobilität, würden viele der Zugewanderten wieder wegziehen wollen. Es fehle vor allem in den Dörfern an kulturellen Angeboten und an Einkaufsmöglichkeiten. Zudem seien die Angebote und Projekte im Bereich Integration von Bund und Land immer in den größeren Städten konzentriert, wie Halle und Magdeburg. Projektgelder würden vor allem in die Zentren fließen verbunden mit der Hoffnung, dass die Angebote in den ländlichen Raum ausstrahlen, was aber nicht der Fall sei.

Als Potenziale des Landkreises sieht sie die sehr gute Netzwerkarbeit, den leichten Zugang zu sozialen und Bildungsangeboten, z.B. zu den Integrationskursen, sowie zum Wohnungsmarkt. So sei aufgrund der niedrigen Immobilienpreise auch der Erwerb von Wohneigentum eher möglich als in Großstadtregionen. Da „alle einander kennen und helfen“ sei es leichter, in der Gemeinschaft Fuß zu fassen. Dies könne aber auch dazu führen, dass viele, die sich im Ehrenamtsbereich für Flüchtlinge engagieren, enttäuscht sind, wenn diese dann doch wegziehen oder abgeschoben werden. Es entstehe das Gefühl, sich umsonst eingesetzt zu haben. Diese Frustration müsse von den Hauptamtlichen aufgefangen werden.

Zum Abschluss ihres Beitrags fasst Stella Khalafyan ihre Erfahrungen in einigen Thesen zusammen:

1. Integration muss auch im ländlichen Raum Chefsache sein.
2. Integration braucht Förderung. Man müsse im ländlichen Raum Anreize schaffen, um Integration zu ermöglichen. Migranten würden solange nicht bleiben, wie auch die Einheimischen nicht bleiben wollen (Angebote Daseinsvorsorge). Die Bedürfnislage sei bei beiden Gruppen vergleichbar und die Entscheidung, zu bleiben oder zu gehen, würde entlang der Fragen Arbeitsplatz, Bildungsangebote für die Kinder, gute Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitgestaltung fallen.
3. Integration braucht sozialraumorientiertes Handeln. Es müssten die Voraussetzungen für eine bessere soziale Durchmischung in den Quartieren geschaffen werden.
4. Integration heißt Flexibilität. Die Verwaltung müsse den Mut haben, auch neue Wege zu gehen. So hätten z.B. das Jobcenter und die Kreisverwaltung des Landkreises Infoveranstaltungen in der Moschee angeboten.
5. Integration braucht verbindende Narrative, so dass ein gemeinsames „WIR-Gefühl“ entstehen kann. Als Möglichkeit führt sie den Begriff des Verfassungspatriotismus an, der davon ausgeht, dass sich die verschiedenen Gruppen auf die gleichen Grundrechte beziehen.
6. Stärkung des Selbstwertgefühls der Ostdeutschen. Diese fühlten sich in ihren Lebensleistungen entwertet und dieses Phänomen müsse man ernst nehmen.

Diskussion

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die Frage, wie der Begriff „Minderheitengesellschaft“ kommuniziert werden kann, und ob dieser Begriff überhaupt verwendet werden sollte. Der Begriff wecke Ängste, löse Abwehrreaktionen aus, und es werde ein falscher Graben aufgemacht zwischen Mehrheiten und Minderheiten, denn die Zuwanderergruppen könne man nicht als eine homogene Gruppe sehen. Migrationsgründe und -gruppen und Zugehörigkeiten seien vielfältig. Mit dem Minderheitenbegriff könne man die Veränderungen in der Stadtgesellschaft deutlich machen, so Frau Bächle. So komme die größte Minderheit in Mühlacker aus der Türkei, es folgen Italien, Griechenland und Spanien. Die Segregation dieser unterschiedlichen Gruppen sei deutlich erkennbar und man müsse fragen, inwieweit die Teilhabe in der Gesellschaft funktioniert. In diesem Zusammenhang wurde auch der Begriff „Migrationshintergrund“ infrage gestellt, der Zuschreibungen definiere, die so gar nicht mehr empfunden und gelebt würden. Das „neue WIR“ sei mehr und müsse größer gefasst werden. Einig waren sich alle, dass man in der Sprache sensibel bleiben muss. Man müsse den realen Entwicklungen eine Stimme geben und eher positive Begrifflichkeiten verwenden. **Vielfalt als positives städtisches Leitbild: Wir sind eine Kommune für alle, die hier leben.**

Ein weiterer Punkt war die Bedeutung von Integrationskonzepten und ihr Mehrwert für die Integrationsarbeit. Der Landkreis Stendal verfügt über ein Integrationskonzept, das in einem partizipativem Prozess mit allen Kommunen und wichtigen Akteuren des Landkreises fortgeschrieben werden soll. Der Mehrwert des Konzeptes sei eindeutig die politische Rückendeckung, die man durch die Verständigung auf gemeinsame Ziele und Aufgaben erhalte. Einige Kommunen planen, das Integrationskonzept als Teil eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes zu erarbeiten. Das Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ habe gezeigt, wie wichtig die Verknüpfung der Themen Stadtentwicklung und Integration ist. Kritisch angemerkt wurde in diesem Zusammenhang, dass die Stadtentwicklungskonzepte zu stark baulich und zu wenig sozial ausgerichtet seien.

Gudrun Kirchhoff

Insgesamt stelle sich die Frage, wie man zu verbindlichen Instrumentarien und Kontinuität im Integrationsmanagement komme, so dass Strukturen nicht wegbrechen, wenn die Projektförderung (Bund oder Land) ausläuft. Mit diesen Fragen verbunden war die Überlegung, ob Integration als „Pflichtaufgabe“ festgelegt werden sollte. Diese Forderung ist zwischen den Kommunen sehr umstritten, die einen würden es begrüßen, da damit eine Finanzierung

durch die Länder einhergeht, andere Kommunen lehnen es ab, da sie um ihre kommunale Aufgabenhoheit fürchten.

Ein letzter Punkt der Debatte waren die politischen Teilhabemöglichkeiten der Zugewanderten. Im ländlichen Raum würden sich Migranten kaum an städtischen Debatten beteiligen. Es gab verschiedene Überlegungen, wie man das ändern kann:

Mühlacker überlegt, den Zugang zur zugewanderten Bevölkerung über die Kinder zu verbessern. Schrittweise könne man dann ggf. zu einem Lernen von Teilhabe und mehr Teilhabe kommen, so dass diese selbstverständlicher wird. Man könne gut bei Jugendlichen beginnen, auch Elternbeirat, Sportvereine etc. seien gute Lernorte für Teilhabe. Als weitere Möglichkeit wird vorgeschlagen, Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten für ein Engagement als z.B. „Sachkundige Bürgerin/Sachkundiger Bürger“ in politischen Entscheidungsprozessen (Stadt- oder Gemeinderäten) zu nutzen und sie aktiv dafür zu werben. Zudem müssten sich politische Parteien öffnen und um Migrantinnen und Migranten werben. Eine weitere Möglichkeit seien regelmäßige konkrete Gesprächsangebote an die Bürgerinnen und Bürger, z.B. Hearings zu bestimmten Themen. Eine bessere Beteiligungskultur hänge auch vom Rollenverständnis des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin ab, d.h. davon, ob Letztere sich als Moderatoren in diesen Prozessen sehen. Über den Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin könne man die Bevölkerung gut einbinden.

Wichtig sei auch die Unterstützung der Migrantinnen und Migranten für und in Beteiligungsprozessen. So hat der Landkreis Stendal der vorhandenen Migrantenorganisation (Stendaler Migrantenverein e. V.) viele Ressourcen zur Verfügung gestellt, so dass aus der Initiative heute ein Verein geworden ist. Migrantinnen und Migranten benötigten ergänzendes Know-how, um sich erfolgreich zu organisieren (Empowerment). Der Landkreis arbeitet heute sehr eng mit den Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenorganisationen und mit Einzelpersonen aus den Zuwanderermilieus zusammen.

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass für mehr Teilhabe und gegenseitiges Verständnis Orte der Begegnung von großer Bedeutung sind.

Vortrag

Suat Yilmaz beschreibt sich selbst als ein Beispiel für gelungene Integration. Der in einem kleinen türkischen Dorf geborene Sozialwissenschaftler ist Leiter der landesweiten Koordinierungsstelle für kommunale Integrationszentren des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit seinem Team stellt er sich der Herausforderung, ein Umdenken von einer Integrationsverwaltung hin zu einem Integrationsmanagement zu etablieren. Sein Ziel ist es, jedem einen Bildungsaufstieg zu ermöglichen, egal ob zugewandert oder nicht. Dieses Ziels ist unter anderem Aufgabe der kommunalen Integrationszentren (KI). Im Land Nordrhein-Westfalen gibt es 54 kommunale Integrationszentren und damit ein vergleichsweise dichtes Netzwerk für die Integrationsarbeit. Die Einrichtung dieser Zentren basiert auf dem Teilhabe- und Integrationsgesetz des Landes NRW welches im Jahr 2012 in Kraft getreten ist.

Integration ist für Suat Yilmaz ein schwieriges Thema. Er weiß selbst nicht, ob er wirklich integriert ist. Und ab wann man überhaupt integriert ist. Integration bedeutet für ihn Teilhabe und die Möglichkeit des persönlichen Vorankommens. Das gilt sowohl für Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund. Die größte Herausforderung und gleichzeitig Chance für eine gelungene Integration ist für ihn das Thema Bildung.

In NRW gibt es 90.000 junge Menschen, die in das Schulsystem zugewandert sind. Die meisten von ihnen besuchen Schulen, welche bereits im Vorfeld Probleme hatten, ihre Schülerinnen und Schüler unabhängig ihres persönlichen Kontextes chancengleich zu fördern. Yilmaz unterstreicht dies mit den Ergebnissen einer Studie, die zeigt, dass lediglich sechs Prozent der jungen Menschen, die in bildungsfernen sowie sozial und finanziell schwachen Haushalten (3fach-Risiko) aufwachsen, nach der Grundschule auf ein Gymnasium wechseln. Bei Kindern von Akademikerinnen bzw. Akademikern und wohlhabenderen Eltern liegt die Wahrscheinlichkeit bei 42 Prozent. Die besondere Brisanz liege darin, dass das Talent der Kinder dabei keine Rolle spiele. In NRW hat jeder fünfte Jugendliche unter 18 Jahren mindestens eine der drei Risikolagen, in Gelsenkirchen steigt der Wert sogar auf 50 Prozent der Jugendlichen. Hier sind zehn Prozent von allen drei Risikolagen betroffen. Yilmaz hinterfragt kritisch, wie Integration an Schulen gelingen soll, die größtenteils nicht in der Lage sind, die bestehenden Risikolagen aufzufangen. „Wie sollen diese Schulen auch noch den Bildungsaufstieg von (Neu)Zugewanderten garantieren? Wie soll das ohne finanzielle Unterstützung und ohne weitere Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter und Lehrkräfte funktionieren?“

Brücken schlagen: Kommunikation, Koordination und Vernetzung

Suat Yilmaz, Bezirksregierung Arnsberg, Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur Integration gehören für ihn neben der schulischen und sprachlichen Bildung auch die berufliche Ausbildung und die Integration in Arbeit. Unternehmen können insbesondere durch ihre Personalentwicklung einen großen Beitrag zur Integration leisten. Sowohl Unternehmen in den Städten als auch im ländlichen Raum müssen als wichtige Partner erkannt werden. Jedoch besteht auch hier Handlungsbedarf. Yilmaz präsentiert eine Studie, die zeigt, dass 60 Prozent der ausbildungsaktiven Betriebe in der Bundesrepublik keinen einzigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund eingestellt haben. Das habe jedoch nichts mit Rassismus oder Diskriminierung zu tun, sondern oftmals mit Überforderung und Unsicherheit seitens der Firmen sowie einer unzureichenden Kommunikationskultur. Er weist darauf hin, dass Unternehmen und auch Berufsschulen dringend Unterstützung benötigen, denn

eine erfolgreiche Integration könne nur in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelingen.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die gesellschaftliche Teilhabe stellen für ihn weitere Herausforderungen dar. Menschen mit Migrationshintergrund nehmen beispielsweise nachweislich seltener an Wahlen teil. Auch das Zusammenleben im manchen Quartieren nimmt er eher als ein Nebeneinander denn ein Miteinander wahr. Hier sieht er Gefahren für die Integration, denn die Identifikation mit dem eigenen Umfeld sei wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Insbesondere dann, wenn das Thema Integration in öffentlichen Debatten oftmals stark polarisierend dargestellt wird und sich Organisationen radikaler Milieus erschreckend schnell mobilisieren, bedarf es einer schnellen Reaktionsfähigkeit sowie starker Netzwerke und Kooperationen.

Integrationsarbeit ist für Yilmaz nicht ausschließlich ein Thema für Soziologen und Pädagogen. Aus seiner Sicht sollten die Teams breiter aufgestellt und auch Akteure anderer Disziplinen in die Integrationsarbeit eingezogen werden. Für den Erfolg der Integrationsarbeit fehle es zudem oft an einer strategischen Steuerung in den Kommunen. Das reine Vorhandensein einer Zuständigkeit ist für ihn nicht ausreichend. Es bedarf ebenso des Wissens voneinander und der Kommunikation und Vernetzung miteinander. Hierfür seien Strategien auf den übergeordneten Ebenen erforderlich. Für die erfolgreiche Umsetzung dieser Strategien muss ferner das Denken in Bereichen und Zuständigkeiten gebrochen werden. Er empfiehlt für die Umsetzung einer erfolgreichen Integrationsarbeit weiterhin, dass man sich die Situation aus der Perspektive der Menschen vorstellen und sich fragen solle, was ein Zuwandere zum „Einsteigen“, „Durchsteigen“ und „Aufsteigen“ benötigt. Dafür sollte man sich noch stärker mit den Menschen vernetzen, um die es geht.

Das Thema Integration sei mit Konflikten verbunden. Yilmaz versteht Konflikte jedoch auch als große Chance. Und zwar dann, wenn man mit ihnen konstruktiv umgeht. Konflikte sollten einerseits nicht ignoriert andererseits aber auch nicht ausschließlich sicherheits- und ordnungspolitisch behandelt werden. Dafür seien kommunale Konfliktmanagementstrukturen erforderlich, die jedoch erst aufgebaut werden müssten. Das Land NRW erarbeitet derzeit in Zusammenarbeit mit der Mercator Stiftung und 15 Kommunen eine Struktur für ein solches kommunales Konfliktmanagement.

Suat Yilmaz ist überzeugt, dass Integration gelingen kann und dass Integration auch schon gut gelungen ist. Er selbst habe gute Integrationsarbeit erfahren. Und auch künftig kann Integrationsarbeit gut gelingen, wenn das Umdenken hin zu einem Integrationsmanagement gelingt. Oftmals werde Integration, insbesondere von einigen Parteien, als Problem herausgestellt. Die Chancen und den Mehrwert, die Integration und die Integrationsarbeit mit sich bringen, müsse dagegen viel offensiver dargestellt und intensiver betont werden. Die bestehende Kultur der Defizitbetonung müsse umgekehrt werden. Es sei ein potenzialorientierter Blick erforderlich, um die Potenziale und Vorzüge der Integration zugewanderter Menschen zu betonen. Integration müsse als Pflichtaufgabe wahrgenommen und als Chance verstanden werden.

Podiumsdiskussion

Sozialer Zusammenhalt – Perspektiven kommunalen Handelns

Teilnehmer (v.r.n.l.)**:**
Gari Pavkovic, Leiter Abteilung Integrationspolitik, Landeshauptstadt Stuttgart
Miriam Marnich, Deutscher Städte- und Gemeindebund
Suat Yilmaz, Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren
Moderation: Frauke Burgdorff

Die Diskussion war als Fishbowl organisiert. Ein Platz in der Runde konnte von Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmern aus dem Plenum für eine Frage oder einen Beitrag genutzt werden.

Frauke Burgdorff: In der Veranstaltung ist oft der Begriff Teilhabe gefallen. Mit Blick auf die (Neu)Zuwanderung, sollten wir uns nicht theoretisch, sondern praktisch von dem Tun der Integration verabschieden und nur noch auf Teilhabe fokussieren? Ist das der Schlüssel?

Gari Pavkovic: Dieses Thema wird seit Jahren diskutiert. Der Begriff der Integration ist mehrdeutig, man muss ihn anders formulieren. Teilhabe wird auch im neuen Aktionsplan der Bundesregierung gefordert. Die Frage ist, ob Teilhabe mit Integration gleichzusetzen ist. Es geht letztlich um Gleichstellungspolitiken. Gleichstellung von Frauen und Männern. Gleichstellung von Menschen mit Handicap. Gleichstellung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Es braucht eine ganze Stadt, um Zuwandererinnen und Zuwanderer in einer Stadt zu integrieren. Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Wenn es um Integration geht, müssen wir uns zumindest davon verabschieden, ihn nur auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu reduzieren. Gesellschaftliche Integration heißt Teilhabechancen für alle Gruppen, unabhängig von ihrer Herkunft. Jobcenter haben beispielweise die Aufgabe der beruflichen Eingliederung unabhängig von der Herkunft. Es braucht einen postmigrantischen Integrationsbegriff. Oder man spricht von Gleichstellung.

Frauke Burgdorff: In einem Spiegel-Artikel wurde letztens ein Plädoyer veröffentlicht, in dem es heißt, dass man aufhören soll über Migrationshintergründe zu sprechen. Hinter „Migrationshintergrund“ stehen eine Million verschiedene Phänomene. Wird mit dem Blick auf die kommunale Praxis derzeit eher verhindert, auf einzelne Individuen zu schauen? Aber muss man nicht auf den Einzelnen schauen, um eine echte Teilhabe zu erreichen?

Gari Pavkovic: Jeder Zweite in Stuttgart hat eine Zuwanderungsgeschichte. Man muss über gleichberechtigte Teilhabe sprechen. Das jetzige Integrationsverständnis, welches derzeit auch noch vom Bund reproduziert wird, heißt „Fördern und Fordern“. Der Mensch „mit Migrationshintergrund“ muss sich anstrengen oder er ist ein Verweigerer. Er bekommt aber auch Unterstützung. In anderen Bereichen werden hingegen barrierefreie Zugänge geschaffen. Und zwar nicht von den Menschen, die sie nutzen wollen, sondern von den Institutionen selbst. Dieses Verständnis muss sich auch beim Thema Integration durchsetzen. Die Institutionen sind dafür verantwortlich, dass Gleichstellung gelingt und ein barrierefreier Zugang und Aufstieg für jeden möglich ist.

Frauke Burgdorff: Abschied vom Begriff Integration? Teilhabe und Zusammenhalt als die neuen Schlüsselbegriffe?

Miriam Marnich: Es braucht beides, weil das eine ohne das andere nicht geht. Es muss darauf geachtet werden, wie man, auch in der politischen Diskussion, das Thema Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund kommuniziert.

Ein Zusammendenken aller vor Ort, sowohl der Neuen als auch der Alteingesessenen ist wichtig. Weiterhin ist ein transparenter Umgang mit den Bedürfnissen der vielfältigen Gruppen mit unterschiedlicher Herkunft oder Glaubensrichtungen von Bedeutung. Es ist wichtig, die Bedarfe zu benennen.

Frauke Burgdorff: Viele Migrantinnen und Migranten treiben vielfältige Fragestellungen um. Hilft ein Denken in Kategorien bei der Integration der vielfältigen Geschichten der (Neu)Zuwanderung?

Miriam Marnich: Sie helfen dann nicht, wenn man über das Thema Integration spricht. Es muss stärker gelingen, die individuellen Bedürfnisse überhaupt zu erfragen und festzustellen. Man spricht im Hinblick auf die Arbeitsplatzintegration immer von den möglichen Qualifikationen der Menschen, aber die Qualifikationen werden gar nicht von Beginn an abgefragt. Reine fachliche Qualifikationen sind nicht immer gleichzusetzen mit persönlicher Qualifikation, welche der- oder diejenige mitbringt. Es muss erreicht werden, dass die Qualifikationen abgefragt werden. Es geht um Integration von Beginn an. Es dürfen den Ankommenden nicht nur Regeln vermittelt werden, sondern sie müssen auch gefragt werden, wer sie sind und was sie mitbringen. Es muss sich unabhängig von der Herkunft darauf konzentriert werden, was für ein Mensch da gerade vor einem sitzt. Ohne das zu erfragen, kann man keine erfolgreiche Integration vor Ort meistern.

Frauke Burgdorff: Schaffen es die Kommunen, diesen individuellen Blick zu organisieren? Gibt es vor Ort die Kräfte und Kapazitäten, genau zu schauen und zu erkennen, wo sich ein Mensch befindet und welche Förderung er braucht? Wie können Kommunen und Länder es gemeinsam schaffen, diese Kräfte zu mobilisieren?

Frauke Burgdorff

Miriam Marnich: In Deutschland gibt es auf Grund des Föderalismus unterschiedliche Zuständigkeiten und Kompetenzen für die Bereiche Schule, Bildung, Infrastruktur vor Ort, Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt. Die Kommunen, die Integration vor Ort leben, müssen sich an bestimmte rechtliche Rahmenbedingungen halten, die von den Ländern vorgegeben werden, und sie müssen dabei die Spielräume erkennen, die ihnen der rechtliche Rahmen bietet. Dazu müssen Länder und Kommunen eng zusammenarbeiten. Außerdem ist es entscheidend, dass die Länder darauf vertrauen, dass die Kommunen wissen, was vor Ort gebraucht wird. Es ist oft ein Problem, dass Bund und Länder meinen zu wissen, was vor Ort benötigt wird ohne jedoch im Vorfeld die Bedarfe zu ermitteln. Bei der Bedarfsermittlung dürfen die Betroffen keinesfalls vergessen werden.

Frauke Burgdorff: Eine Mittelorganisation wie eine Bezirksregierung gibt oft die Vorgaben der Landesebene an die Kommunen weiter. Inwieweit kann eine solche Mittelorganisation Strukturen schaffen und Rahmenbedingungen setzen, die am Ende bei den Menschen ankommen und das Individuum auf seinem emanzipativem Weg in die Gesellschaft begleiten?

Suat Yilmaz: Die Ministerien bearbeiten Themen, die auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden müssen. Die landesweite Koordinierungsstelle der kommunalen Integrationszentren versteht sich als Servicezentrum für die Kommunen. Jede Kommune hat andere Themen und Traditionen, welche genau betrachtet werden müssen. Es muss gelingen, eine passgenaue Beratung anzubieten. Es ist nicht ausreichend, Geld in ein Programm zu investieren. Es muss von der Landesebene zusammen mit den Kommunen auf das Quartier geschaut werden. Daher müssen die Strukturen stark in Hinblick auf Prozess- und Implementierungsmanagement untersucht werden. Das „Durchregieren“ einiger Ministerien, sofern es nicht durch Gemeindeordnung untersagt ist, verursacht teilweise, dass Projekte angestoßen werden, die von den Kommunen nicht mitgetragen werden können. Das Servicezentrum ist so zu bündeln, dass man eine strategische und taktische Struktur für die Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen entwickelt. Das zu erreichen wird jedoch auf Grund der verwaltungsrechtlichen Gesetze und Richtlinien nicht einfach sein.

Gast auf dem Podium: Andreas Siegert: Es wird über den sozialen Zusammenhalt einer Stadtgesellschaft gesprochen und dabei oft vergessen, dass es auch ländliche Räume gibt, die in den vergangenen Jahren teilweise stark vernachlässigt wurden. Es wurde vieles zentralisiert und somit eine Entwicklung der Fläche verhindert. Dadurch wurden auch Strukturen beschnitten, die integrativen Charakter hatten. Es wurden und werden auch viele Deutsche vernachlässigt, die im ländlichen Raum leben und lebten. Hierin besteht ein Gegensatze zwischen Stadt und Land. Durch diese Ungleichbehandlung werden Konflikte geschürt, die sich gegenseitig verstärken. Gab es diese strukturellen Konflikte demzufolge nicht bereits vor der Zuwanderung? Wird die Debatte darüber durch das Thema Integration nicht etwa erneut gestärkt? Hätte man nicht die Zuwanderung als Chance sehen müssen, um Strukturen im föderalen Aufbau und bei den Kompetenzzuweisungen zu hinterfragen und zu überdenken?

Gari Pavkovic: Es gibt eine große soziale Ungleichheit, in der viele Konflikte ausgespielt werden. Es gibt Probleme im Bereich der gleichberechtigten Teilhabe, diese Konflikte sind Teil der Entwicklung. Man muss die Konflikte ansprechen und eine Haltung entwickeln, wenn man eine solidarische Stadtgesellschaft und Teilhabe für alle erreichen will. Man muss Ressourcen neu aushandeln, damit einzelne Gruppen sich nicht gegeneinander ausspielen. Strukturelle Ungleichheit muss angesprochen

werden. Im nächsten Schritt bedarf es der Formulierung eines positiven Ziels, damit faire Teilhabechancen für alle entstehen. Es ist jedoch immer die Frage der politischen Umsetzung, die nicht so einfach ist wie eine normative Zielformulierung. Es ist ein strittiger Prozess und es muss vermittelt und kommuniziert werden, dass die Verwaltung nicht nur Integrationsarbeit für die (Neu)Zugewanderten sondern auch für die bereits dort lebenden Menschen leisten muss.

Miriam Marnich: Auf Bundesebene gibt es die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse, die zahlreiche Ressorts auf Bundes- und Landesebene und der Kommunalen Spitzenverbände vereinigt. Diese Kommission befasst sich u.a. mit den Grundvoraussetzungen der Integration oder Teilhabebedingungen vor Ort. Beispielsweise sollte eine soziale und technische Infrastruktur im Sinne der Daseinsvorsorge flächendeckend vorhanden sein. Zuwanderung wurde in der Kommission oft auch als Chance diskutiert. Insbesondere auch für strukturschwache und ländliche Räume. Beispielsweise weil dort oft Wohnraum vorhanden ist. Jedoch ist Wohnraum nicht ausreichend, wenn es im selben Moment an Arbeitsplätzen in der Nähe, der Anbindung an den ÖPNV, einer Nahversorgung oder medizinischer Versorgung fehlt. Demzufolge ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine der Grundbedingungen für eine erfolgreiche Integration.

Frauke Burgdorff: Das Ausdünnen bzw. Ausdünnen lassen dieser Strukturen stellt das Thema Integration vor weitere Herausforderungen. Parallel dazu sind oft auch bestehende Institutionen weggefallen wie beispielsweise Kirche oder Sportvereine, die auch einen Beitrag zur Gemeinwesenarbeit geleistet haben. Diese besondere Situation ist spezifisch für den ländlichen Raum und muss dringend mitgedacht werden.

Gast auf dem Podium: Manfred Kreische: Nicht nur im ländlichen Raum sondern auch in den Städten werden Bereiche und Quartiere vernachlässigt. Auch in den Städten fehlt es oft an Einrichtungen, welche sich mit den Themen beschäftigen. Es hilft nichts, sich gegeneinander auszuspielen.

Durch den demografischen Wandel fehlen in vielen Bereichen Fachkräfte und Mitarbeitende. Mit der (Neu)Zuwanderung könnte es gelingen, die fehlenden Ressourcen auszugleichen.

Frauke Burgdorff: Es geht nicht nur darum, dass die Menschen Arbeit bekommen, sondern auch darum, die individuellen Talente zu erkennen und zu fördern. Warum gelingt das bisher noch nicht ausreichend? Wo gibt es Probleme in den Strukturen, auch in der Verwaltung, diese Talente aufzunehmen?

Suat Yilmaz: Integration galt lange als Randthema. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung bestand lange ausschließlich darin, dass eine Frau mit Kopftuch am Infopoint „Guten Tag." gesagt hat. Auch heute ist das Bild kaum ein anderes. Es gibt im Land NRW beispielsweise nur sehr wenige Schulleiterinnen und Schulleiter, die einen Migrationshintergrund haben. Gründe dafür gibt es viele. Das Problem der Talentförderung im Bildungsbereich besteht seit mehreren Jahren. Es werden immer die Zahlen präsentiert, aber nie wurde etwas daraus gemacht. Lange Zeit hat man sich immer mit kleinen Details beschäftigt und Integration nie als Business Case betrachtet. Man hat nicht verstanden, dass man mit den jungen Menschen auch eine Gesellschaft prägen kann. Jetzt ist man in einer Situation, in der die Leute fehlen. Im Moment fehlen 7.000 Lehrerinnen und Lehrer und die Zahlen werden steigen, da nicht in gleicher Geschwindigkeit neue nachkommen. Es fehlt an weiteren Fachleuten wie Sozialarbeitern oder Informatikern, und die Situation wird sich verschärfen. Es gibt zahlreiche Programme, mit denen der Neubau von Schulen finanziert werden kann, jedoch fehlt es an den Leuten, die die Schulen dann bauen. Es braucht eine Gesamtstrategie, eine Art nationalen Integrationsplan.

Gari Pavkovic: Die Verwaltung ist Dienstleisterin, Arbeitgeberin und ist Gestalterin der gesellschaftlichen Wandels. Es besteht ein gesellschaftliches Narrativ, dass jeder, der etwas in der Gesellschaft leistet, auch aufsteigen kann und in der Gesellschaft willkommen ist. Der öffentliche Dienst hat oft eine Glaubwürdigkeitslücke, da er oftmals „über uns – ohne uns" entscheidet. Der öffentliche Dienst ist in der Führungsebene eine Parallelgesellschaft.

Gari Packovic, Miriam Marnich

Frauke Burgdorff: Sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht teilweise so weit weg vom Staat, dass sie gar nicht in Erwägung ziehen, bei der öffentlichen Verwaltung zu arbeiten?

Gari Pavkovic: Es muss intensiv an der Personalgewinnung gearbeitet werden. Es bedarf einer gezielten Ansprache von Migrantinnen und Migranten, die bei gleicher

Eignung und mit zusätzlicher Eignung der interkulturellen Kompetenz Positionen in der Verwaltung und in pädagogischen und anderen Berufen einnehmen. Eine gezielte Ansprache hat z.B. bei der Gewinnung von Auszubildenden zu einer Verdopplung der Zahlen geführt. Wenn man zusätzliche Kompetenzen benötigt, müssen diese demnach direkt angesprochen werden.

Gast auf dem Podium: Frau Bonatz: Als Beauftragte für Migration und Integration in einer kleinen Kommune habe ich die Erfahrung gemacht, dass es nicht ausschließlich um die Gruppe der Geflüchteten geht, sondern auch um jene Menschen, die bereits da waren. Es muss an alle Menschen gedacht werden. An die mit und auch an die ohne Migrationshintergrund. Man darf nicht eine Gruppe ständig in den Vordergrund stellen. Das erzeugt Unzufriedenheit, auch bei den Menschen die aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind.

Die letzte PISA-Studie hat gezeigt, dass die Anzahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschuss wieder drastisch steigt. Viele Gründe dafür wurden im Laufe der Veranstaltung erwähnt. Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bewirkt, dass Kinder und Jugendliche in einem begrenzten Zeitraum eine spezielle Förderung erhalten können. Dabei benötigen sie oft nicht nur einen Sprachkurs für sechs Wochen, sondern einen über mehrere Jahre. Das Gesetz wird auf Ebene der Länder und Kommunen sehr unterschiedlich ausgelegt, daran muss gearbeitet und der Rahmen ausgeweitet werden.

Frauke Burgdorff: Braucht Förderung mehr Kontinuität? Sollten eher Pauschalen als Programme aufgelegt werden? Würde das den Kommunen helfen, aktiver und langfristiger an dem Projekt „Teilhabe“ zu arbeiten?

v.l. Elena Bonatz, Gari Pavkovic, Miriam Marnich, Suat Yilmaz

Miriam Marnich: Die Frage muss man sehr differenziert beantworten. Wenn es speziell um Gelder geht, die von der Seite des Bundes gewährt werden, dann ist die erste Hürde die Frage, wie die Länder mit den Geldern umgehen und wie diese an die Kommunen weitergegeben werden. Ein aktuelles Beispiel ist das Thema Integrationspauschale, die dazu dienen soll, dass Kommunen vor Ort entscheiden können, was gebraucht wird. Teilweise werden die Gelder von den Ländern zurückgehalten, da diese eigene Integrationsprogramme haben, in die investiert werden soll. Daher kommen die Gelder oftmals vor Ort nicht an oder können dort nicht flexibel eingesetzt werden. Das muss geändert werden.

Frauke Burgdorff: Wie kämpfen die Spitzenverbände darum, dass die Förderung verstärkt bei den Kommunen ankommt?

Miriam Marnich: Problematisch ist beispielsweise, dass der Bund seine Haushaltsplanung für die Beteiligung an den Integrationskosten jährlich von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr aufstellt. Dadurch haben die Kommunen keine Planungssicherheit, da sie nicht wissen, welche Gelder in welcher Höhe längerfristig zur Verfügung stehen werden. Eine dauerhafte und verlässliche finanzielle Planungsgrundlage wäre aber notwendig. Es bedarf weiterer Finanzierungszusagen des Bundes und der Länder an die Kommunen, damit sie wissen, wie sie in den nächsten Jahren beispielsweise KiTa- und Betreuungsplätze sowie Personal finanzieren können. Bisher werden diese Stellen oftmals nur temporär besetzt. Dies liegt auch an der Vielzahl unterschiedlicher Fördertöpfe. Insbesondere Kitaplätze und bauliche Infrastrukturen kann man nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen, dazu braucht es einen gewissen Vorlauf und eine finanzielle Sicherheit. Die Landesverbände versuchen, auf die Landesregierungen einzuwirken, damit diese die Gelder weitergeben. Der Bundesverband versucht außerdem beim Bund und seinen Ministerien eine langfristige Lösung und gesetzliche Regelungen zu erwirken.

Gari Pavkovic: In Stuttgart werden die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für ergänzende Förderangebote eingesetzt. Die Stadt setzt außerdem eigene Mittel für die Förderung ein. Trotzdem sind auch hier die Fördermöglichkeiten für Sprachkurse unzureichend. Sprachförderung muss ganztägig ausgerichtet sein und es bedarf kompensatorischer Hilfen, die Kommunen mitentwickeln können.

Frauke Burgdorff: Wie wichtig ist der Zusammenhalt im Quartier? Wie wichtig ist die Nachbarschaft? Muss dort noch mehr Energie aufgebracht werden?

Gari Pavkovic: Ja. Es braucht mehr Angebote in Stadtteilzentren, die sich nicht nur mit migrantischen Themen auseinandersetzen. Es müssen an diesen Orten auch strittige Punkte diskutiert werden können, wie beispielsweise Vermüllung und Lärm. Es muss Räumlichkeiten und Formate geben, in denen Menschen auf Quartiersebene mitgestalten und mitbestimmen können und in denen Begegnungen ermöglicht werden. Quartiere sollen als Willkommensräume für alle funktionieren. Es gilt si-

cherzustellen, dass Menschen erreicht werden, die sich von allein nicht trauen, diese Angebote zu nutzen. Dies kann beispielsweise über Vertrauenspersonen erreicht werden. Willkommensräume im Quartier sind Orte, an denen sich Menschen wohl fühlen, an denen sie sich austauschen und mitteilen können.

Miriam Marnich: Die Antwort lautet auch ja. Das Thema Sozialraumplanung sollte dabei jedoch mitgedacht werden. Nicht nur die Quartiersentwicklung ist wichtig, sondern auch die sonstigen Lebens- und Arbeitsräume. Also alle Räume, in denen sich die Menschen bewegen. Die Verwaltung steht oft vor der Herausforderung, einen Erfahrungsaustausch dezernatsübergreifend und interdisziplinär zu organisieren. Das Zusammendenken muss gelingen.

Frauke Burgdorff: Ist Sicherheit und Freiheit wichtig für den Zusammenhalt in einer Stadt?

Suat Yilmaz: Es muss hart Kante gegenüber denen gezeigt werden, die Dinge in Frage stellen, die für uns selbstverständlich sind. Auf der anderen Seite müssen auch Angebote geschaffen werden. Quartiere sind die „Maschinenräume“ der Integration. Es sind die Hauptarenen. Die eigene Integrationsentwicklung hat im Quartier begonnen. Insbesondere die Schule und die Nachbarn haben zur Integration beigetragen. Aus diesem Umfeld entwickelt sich das gesellschaftliche Bild. Die Quartiere in denen man landet, vermitteln den ersten Eindruck, den man als Land gibt und daher ist die Quartiersarbeit immens wichtig.

Frauke Burgdorff: Es geht also um Quartiersarbeit im Sinne einer Gemeinwesenarbeit. Und es geht nicht nur darum, Integrationsarbeit im Rahmen eines Förderprogrammes zur organisieren, sondern für alle da zu sein. Am Ende sind es politische Themen über die verhandelt werden muss.

Robert Bosch
Stiftung
Anmeldung

(Neu)Zuwanderung bewegt
Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft
difu

Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft
difu
Deutsches Institut
für Urbanistik

Profile der Referentinnen und Referenten

Richard Arnold
Diplomverwaltungswissenschaftler (Universität Konstanz, Universität Frankfurt a.M. sowie Auslandsstudium am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge, USA); seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd; u.a. ehemals Leiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union in Brüssel. Richard Arnold, für seine Verdienste um die Verständigung in Europa im Jahr 2012 mit dem Mérite Européen ausgezeichnet, setzt in seiner täglichen Arbeit vor allem auf Bürgernähe, auf Toleranz und Offenheit, auf eine Politik des Gehörtwerdens und auf eine positive und aktive Begleitung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements.

Johanna Bächle
M.A.; Studium der Empirischen Kulturwissenschaft und Neueren Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Kulturreferentin in Langenargen am Bodensee; Kulturbeauftragte der Stadt Öhringen im Hohenlohekreis; Leiterin der Volkshochschule Mühlacker im Enzkreis; seit 2012 Leiterin des Amtes für Bildung und Kultur der Stadt Mühlacker, dort zuständig für Schulen, Kindergärten, Sport, Vereine, Jugend, Senioren, Städtepartnerschaften, Weiterbildung, Bibliothek, Museum, Archiv und Integration.

Frauke Burgdorff
Dipl.-Ing.; Studium der Raumplanung in Kaiserslautern und Antwerpen. Gründerin der Agentur für kooperative Stadtentwicklung BURGDORFF STADT; Geschäftsführerin und Vorständin der Initiative Stadtbaukultur NRW; zuvor Vorständin der Montag Stiftung Urbane Räume gAG sowie Geschäftsführerin der Urbane Nachbarschaft Samtweberei gGmbH; moderiert seit mehr als 20 Jahren Werkstätten, Großgruppen, Streit- und Konsensgespräche zu vielen Fragen der Stadtentwicklung; Schwerpunktthemen: gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung, Prozessdesign und Entwicklung von Nachbarschaften.

Christof Eichert
Dr.; studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, Erlangen und Freiburg; von 1985 bis 2003 war er in den Innenministerien von Baden-Württemberg und Sachsen tätig, parteiloser Bürgermeister in Isny im Allgäu und Reutlingen sowie Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Anschließend wurde er Mitglied der Geschäftsleitung der Bertelsmann-Stiftung, danach der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und darauf folgend von 2007 bis 2010 Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Seitdem war er bis Ende 2016 Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung in Bad Homburg v.d.H. 1996 bis 2003 stand er als Präsident dem Deutschen Bibliotheksverband vor und gehörte von 2011 bis 2016 dem Beirat des Bundesverbands Deutscher Stiftungen an. Im Sommer 2016 ist Christof Eichert in den Stiftungsrat der Schader-Stiftung gewählt worden. Seit Januar 2017 ist er Mitglied des Vorstands der Schader-Stiftung.

Thomas Franke
Dr.; Dipl.-Geograph; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Deutschen Institut für Urbanistik; Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Arbeitsschwerpunkte: Integrierte Stadt(teil)entwicklung (im internationalen Vergleich), Governance/neue Formen von Steuerung und Akteursbeteiligung.

Andreas Grau
Projektmanager im Programm „Lebendige Werte“ der Bertelsmann Stiftung; zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld; Themenschwerpunkte: Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Sozialraum.

Mario Hilgenfeld
Dipl.-Kfm.; seit 2010 Leiter des Bereichs Wohnungswirtschaft/-politik beim BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.; zuvor unter anderem Projektentwickler, Projektmanager, Immobilienleasing und Geschäftsführer zahlreicher Asset-Gesellschaften und einer Sachverständigengesellschaft in Frankfurt/Main; seit einigen Jahren Dozent an der BBA-Akademie der Immobilienwirtschaft und beim BBU unter anderem mit grundsätzlichen Angelegenheiten der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, dem Mietspiegel, Förderthemen und vielfältigen Bewirtschaftungsfragen befasst.

Gudrun Kirchhoff
Dipl.-Soz.; seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales; zuvor Sozialplanerin und Stadtforscherin in Berlin und Brandenburg, u.a. Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS in Erkner und Institut für Stadtentwicklung und Wohnen in Frankfurt/Oder; von 2006 bis 2015 wissenschaftliche Referentin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt, Koordination von Forschungsprojekten zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern und zur Qualifizierung kommunaler Integrationspolitik, insbesondere in Kommunen des ländlichen Raums. Aktuell Leitung des Forschungsprojekts „Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Klein- und Mittelstädten“ (2018 bis 2020).

Stella Khalafyan
Integrationskoordinatorin des Landkreises Stendal; Interne Koordinierungsstelle „Partnerschaften für Demokratie“ des Landkreises Stendal; ehemals wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem Bundestagsabgeordneten und Referentin in der Botschaft der Republik Armenien in Berlin. Themenschwerpunkte: Integration, Netzwerk, Demokratieförderung, Internationale Beziehungen.

Jochen Köhnke
seit 2017 Ressortleiter für Kultur, Migration und Teilhabe der Stadt Iserlohn. Nach dem Studium der Sozialarbeit arbeitete er ab 1982 im Jugendamt der Stadt Düsseldorf, parallel war er von 1987 bis 1989 Referent bei der Akademie für Jugend und Sozialarbeit. Von 1990 bis 1997 wechselte er zur Stadt Chemnitz, zunächst kooperative Jugendamtsleitung und dann Leiter des Bürgermeisteramtes. Von 1997 bis 2017 arbeitete Jochen Köhnke als Büroleiter der Oberbürgermeisterin und Dezernent bei der Stadt Münster. Seit 1985 ist er Mitglied der SPD.

Carsten Kühl
Prof. Dr.; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz; Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik; ehemals Staatssekretär und Amtschef im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und Minister der Finanzen in Rheinland-Pfalz; seit 2015 Lehrbeauftragter und seit 2016 Honorarprofessor im Fach Finanzwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer; Themenschwerpunkte: Finanzen, Politik.

Miriam Marnich
Volljuristin, Studium der Rechtswissenschaften in Trier sowie in Salamanca, Spanien; 1. und 2. Staatsexamen sowie Abschluss internationaler Rechtsstudien im Spanischen Recht im Jahr 2011; seit 2011 Referatsleiterin beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) für Recht und Verfassung, Zuwanderung und Integration, Sicherheit und Ordnung und Kriminalprävention und Schriftleiterin der Fachzeitschrift „Kommunaljurist".

Ricarda Pätzold
Dipl.-Ing.; Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin; seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu); ständiger Gast in der Fachkommission „Wohnen“ des Deutschen Städtetages; 2005 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Berlin – Institut für Stadt- und Regionalplanung; dortige Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Sicherheit, Kulturwirtschaft, Stadterneuerung; Arbeitsschwerpunkte: Wohnen und Stadtentwicklung.

Gari Pavkovic
seit 2001 Integrationsbeauftragter der Landeshauptstadt Stuttgart; davor als Diplom-Psychologe langjähriger Leiter einer städtischen Erziehungsberatungsstelle mit interkulturellem Ansatz; Koordinator des bundesweiten Netzwerks „Qualitätszirkel zur kommunalen Integrationspolitik“; verschiedene Publikationen in Fachzeitschriften zu den Themen interkulturelle Öffnung der Verwaltung und kommunale Integrationspolitik; aktuelle Themenschwerpunkte: soziale und inklusive Quartiersentwicklung, lokale Partnerschaften für Demokratie, kommunale Bürgerdialoge und Empowerment-Programme zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Bettina Reimann
Dr. rer. soc.; Studium der Soziologie, Politologie und Stadtplanung an der Universität Bremen, der FU Berlin und der Columbia University, New York City, USA; seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Deutschen Institut für Urbanistik; Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales; Mitglied der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, des Kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik und der Allianz Vielfältige Demokratie; Arbeitsschwerpunkte: Integration, Bürgerbeteiligung, soziale Stadtentwicklung, Evaluation und Begleitforschung; Leitung verschiedener Forschungsprojekte, u.a. „Zusammenhalt braucht Räume. Integratives Wohnen mit Zuwanderern“ (2017-2020).

Walter Siebel
Dr., Prof. em. für Soziologie an der Universität Oldenburg; 1989 bis 1995 wissenschaftlicher Direktor der IBA Emscher-Park und von 1991 bis 1992 Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen; 1995 erhielt Walter Siebel den Fritz-Schumacher-Preis, in 2004 zusammen mit Hartmut Häußermann den Schader-Preis; Mitglied in DASL, DGS, ARL und verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten; letzte Buchveröffentlichungen: Die europäische Stadt (2004); Stadtpolitik (2009, zus. mit H. Häußermann und D. Läpple); Polarisierte Städte (2013, zus. mit M. Kronauer); Die Kultur der Stadt (2015).

Wolf-Christian Strauss
Dipl.-Ing.; Studium der Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin; Tätigkeit in freien Planungsbüros und der öffentlichen Verwaltung sowie als selbständiger Dipl.-Ing. und Architektur-Fotograf; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Urbanistik; Mitglied der ehemaligen Difu-Projektgruppe „Soziale Stadt“ (Bundestransferstelle „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“; bis 2015); ständiger Gast in der Fachkommission „Stadtplanung und Städtebau“ des Deutschen Städtetages; Mitglied der European Urban Research Association (EURA); Arbeitsschwerpunkte: Stadtplanung, Integrierte Stadt(teil)entwicklung (im internationalen Vergleich), Städtebau, Baukultur, Stadterneuerung (jährlicher Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung), Planungsrecht.

Kai Unzicker
Dr.; Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung und dort verantwortlich für die Projekte „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und den Reinhard Mohn Preis 2018 zum Thema „Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten“; zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld; Arbeitsschwerpunkte: soziale Kohäsion in Deutschland und im internationalen Vergleich, Umgang mit Vielfalt und Populismus.

Lisa Marie Veyhl
Projektmanagerin im Team Migration und Gesellschaft der Robert Bosch Stiftung, Arbeitsschwerpunkte: Stärkung des Engagements für, mit und von Flüchtlinge(n,) Integration in ländlichen Räumen und Kompetenzbündelung Organisationsentwicklungsmaßnahmen. Vor ihrer Tätigkeit bei der Robert Bosch Stiftung hat sie als Programm-Managerin im Bereich Demografie bei der Körber-Stiftung gearbeitet. Weitere Arbeitserfahrung bei der Stadt Stuttgart, der Anne Will Media GmbH und dem Goethe-Institut Montréal. Sie studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft und Kulturelle Grundlagen Europas an der Universität Konstanz.

Stephan Vopel
Soziologe und Historiker (BA Hebrew University of Jerusalem, MA Universität Bielefeld); Director der Programme „Lebendige Werte" und „Deutschland und Asien" der Bertelsmann Stiftung; vor der Arbeit für die Bertelsmann Stiftung tätig als Verlagsleiter für verschiedene Fachverlage; Themenschwerpunkte: gesellschaftlicher Zusammenhalt, Innovation, deutsch-israelische Beziehungen.

Annette Widmann-Mauz
MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Annette Widmann-Mauz wurde 2018 zur Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zur Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin ernannt. Seit 1998 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2009 bis 2018 war sie als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit tätig. Seit 2012 ist sie Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und seit 2015 Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU. Als Beauftragte der Bundesregierung ist es ihre Aufgabe, sowohl die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu fördern, als auch geeignete Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen in Deutschland − gleich welcher Herkunft − gut zusammen leben können. Sie unterstützt die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik, begleitet Prozesse der Gesetzgebung, koordiniert die Arbeit am Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung und erstattet dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre Bericht über „Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland“.

Suat Yilmaz
Studium der Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum; Leiter Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren des Landes Nordrhein-Westfalen; davor tätig als stellvertretender Leiter des NRW-Zentrums für Talentförderung und als Koordinator der Talentförderung in der Stabsstelle Strategische Projekte der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.